



# EUROPA-MAGAZIN

EU-kritische Zeitschrift für direkte Demokratie, Selbstbestimmung und internationale Zusammenarbeit

1/2011

## EU-Diskussionen in EU-Ländern

- Die dänische EU-Mitgliedschaft – wie ein Schweizer Käse  
Von Lave K. Broch, Dänemark S. 1
- Der Euro – Rahmenbedingung für Irlands Wirtschaftskrise  
Von Anthony Coughlan, Irland S. 3
- Nicht weiter über den EU-Ausstieg schweigen!  
Solidar-Werkstatt, Österreich S. 7

## SPS-Parteiprogramm; Demokratieindizes

- Buchbesprechungen S. 9
- L'expérience norvégienne au sein de l'Espace Economique Européen  
de Sigbjørn Gjelsvik, Norvège p. 13
- La nouvelle Europe allemande p. 15  
<http://www.german-foreign-policy.com/>
- SPS-Partei-Programm, die EU und die Überwindung des Kapitalismus S. 17  
Von Paul Ruppen
- Schabernak mit Demokratieindizes S. 21
- Bilaterale Verträge – Druck der EU auf die Schweiz S. 23



## edito

Die Euro-Krise hat in Europa etwas Luft für die EU-Debatte gebracht. Der Duft von „historischer Notwendigkeit“ – der nota bene keine reale Basis hat – hat sich etwas verflüchtigt. Austiegsszenarien aus dem Euro oder gar der EU werden in EU-Ländern wieder diskutiert – wenn die Machteliten auch mit allen Mitteln versuchen, solche Debatten zu tabuisieren und einen Austieg als undenkbar hinzustellen. Dabei wird wie üblich das Friedensprojekt „EU“ beschworen und werden Alternativen als „Nationalismus“ desavouiert. Dabei ist klar: dauerhafter Frieden in Europa und Europas mit der Welt ist nur in demokratisierten politischen Strukturen in Europa möglich. Ein Abbau der antidemokratischen EU-Strukturen ist dazu unumgänglich. Die Alternative ist nicht EU oder Krieg, sondern mehr – auch direkte – Demokratie in allen euro-

päischen Ländern und demokratisch kontrollierte Zusammenarbeit. Vergangene Kriege in Europa sind durch das imperialistische Machtstreben von Polit-Eliten zu erklären, die zuwenig oder gar nicht demokratisch kontrolliert wurden. Auf der EU-Ebene wiederholt sich diese strukturelle Bedingung des friedensgefährdenden europäischen Imperialismus. Das Beschwören der EU als Friedensprojekt ist eine Kriegsdrohung der Machteliten ihren Bevölkerungen gegenüber: Wenn ihr nicht auf die demokratische Kontrolle der Politik verzichtet, werden wir euch mit Krieg überziehen. Die Antwort auf diese Drohung sollte klar sein: beständiges und unkorruptibles Dringen auf Demokratie.

Paul Ruppen

### Forum für direkte Demokratie und EUROPA-MAGAZIN

Die direkte Demokratie gerät in der Schweiz zunehmend unter Druck. Ein eventueller EU-Beitritt droht, sie ihrer Substanz zu berauben. Wirtschafts-, Agrar-, Gesundheits- und Umweltpolitik würden bei einem EU-Beitritt den Entscheidungskompetenzen des Volkes weitgehend entzogen. Internationale Zusammenarbeit ist für die Lösung vieler Probleme unabdingbar. Kooperation über die Grenzen hinaus darf aber nicht als Vorwand missbraucht werden, die direkte Demokratie auszuhöhlen. Denn nur die direkte Demokratie kann eine minimale, inhaltliche Kontrolle der politischen Entscheidungsprozesse gewährleisten.

Die Wirtschafts- und Währungsunion will rohstoffverschleißendes, quantitatives Wachstum forcieren. Räumliche und wirtschaftliche Konzentrationsprozesse sollen der europäischen Wirtschaft vor den übrigen Wirtschaftsmächten einen Konkurrenzvorteil verschaffen. Unter friedens-, umwelt- und entwicklungspolitischen Gesichtspunkten sind dies Schritte in die falsche Richtung: laut EU-Parlament besteht eines der Ziele einer gemeinsamen 'europäischen Verteidigungspolitik' darin, die Interessen der Union in allen ihren Aspekten zu schützen, "einschliesslich der Versorgungssicherheit in wesentlichen Punkten, wenn diplomatische Instrumente .... dazu nicht mehr ausreichen" (A4-0171/98 (14. Mai 98) Punkt 3).

Das **Forum für direkte Demokratie** ist eine überparteiliche Bewegung von Leuten aus dem ökologisch-sozialen Lager, die der offiziellen EU-Politik gegenüber kritisch eingestellt sind. Für Europa streben wir die Dezentralisation und Demokratisierung der bestehenden Territorialstaaten, die Verstärkung der internationalen Kooperation (OSZE, Europarat, Umweltkonferenzen, Minderheitenschutz, Menschenrechte, Sozialgesetzgebung) und die Pflege des vielfältigen Kontaktes zwischen Regionen, Staaten, Organisationen und Menschen an.

Ziel des Forums ist eine breite Information der Mitglieder über europapolitische Fragen. Dazu wird 2 Mal pro Jahr das

**EUROPA-MAGAZIN** herausgegeben, das auch von Nicht-Mitgliedern abonniert werden kann. Das Forum organisiert Veranstaltungen und versucht, in den Kantonen Regionalgruppen aufzubauen und zu betreuen. Wenn Ihnen direkte demokratische Selbstbestimmung im Rahmen der Menschenrechte und dezentrale Strukturen in Europa am Herzen liegen, werden Sie Mitglied des Forums, engagieren Sie sich oder abonnieren Sie das Europa-Magazin.

### Abo-Erneuerung

Den Spenderinnen, Abonentinnen und Mitgliedern, die ihren Beitrag 2011 bereits bezahlt haben, möchten wir danken. Die übrigen möchten wir bitten, uns möglichst bald ihre jeweils freudig begrüßten Überweisungen zu machen. Wir arbeiten gratis. Jede Zahlung empfinden wir als kleine Anerkennung. Durch Werbung fürs EM würde unsere Arbeit fruchtbarer!

Folgende und weitere Nummern des EUROPA-MAGAZINs sind noch erhältlich. Bitte pro Bestellung Briefmarken für Fr. 4.- und einen adressierten und frankierten C5-Brief-Umschlag beilegen:

- EM 2/1996 Dossier «WWU»
- EM 1/1997 Dossier «Alternativen zur EU»
- EM 2/1997 Dossier «Echos de Suisse Romande»
- EM 3/1997 Dossier «Gleichstellungspolitik»
- EM 4/2000 Dossier «Europa der Regionen»
- EM 1/2003 EU-Verfassungsentwurf
- EM 1/2005 EU-Verfassung; Schengen/Dublin
- EM 2/2005 EU und Deregulierung
- EM 1/2006 Kleinstaaten in der EU
- EM 1/2009 Agrarfreihandel
- EM 2/2009 Vertrag von Lissabon
- EM 1/2010 Demokratie und Grundrechte

Alle Nummern seit 1999 sind auf unserer Home-Page – auch als pdf-Version – dauerhaft einsehbar.



Dänemark wird in den nächsten Jahren eine Abstimmung über die Militär- und Justizpolitik der EU haben

## Die dänische EU-Mitgliedschaft – wie ein Schweizer Käse

Viele Leute glauben, Dänemark sei ein EU-Mitgliedstaat wie die anderen 26 Mitgliedsländer auch. Dies ist aber nicht völlig richtig. Die dänische EU-Mitgliedschaft gleicht eher einem Schweizer Käse mit vielen Löchern. Natürlich haben viele EU-Länder Ausnahmeklauseln (opt outs) ausgehandelt. So sind z.B. Grossbritannien und Irland ausserhalb des Schengenraums, Grossbritannien behält das Pfund als Währung bei. Die finnischen Åland Inseln wenden die Mehrwertsteuerregeln der EU und deren Steuer-Richtlinien nicht an usw. Im Falle Dänemarks gibt es sowohl politische wie geographische Ausnahmeregelungen und im Augenblick ist noch ein Urteil des dänischen Verfassungsgerichtes ausstehend, welches den Lissabonner Vertrag betrifft, und das die Beziehungen Dänemarks mit der EU beeinflussen könnte.

von Lave K. Broch\*

### Teile Dänemarks ausserhalb der EU

Zuerst gibt es bezüglich Dänemark und der EU geographische Ausnahmefälle: die nordatlantischen Inseln des dänischen Königreichs, die Färöer-Inseln und Grönland sind nicht Teil der EU. Die Färöer-Inseln waren nie Teil der EU. Grönland war während einiger Jahre Teil der EU. Nach der Einführung der lokalen Autonomie stimmte eine Mehrheit der Grönländer für einen Austritt Grönlands aus der EU. Grönland ist bis heute der einzige Teil der EU, der die EU verliess und erst noch via Volksabstimmung.

### Kein Euro, keine supranationale EU-Justizpolitik und Nein zu EU-Militärangelegenheiten

Zweitens kennt Dänemark bezüglich der EU politische Ausnahmen. 1992 stimmt eine Mehrheit der Dänen gegen den Maastrichter Vertrag. Als Antwort auf das Nein der Dänen erwirkte die dänische Regierung ein paar Ausnahmeregelungen und konnte dadurch im folgenden Referendum 1993 eine Mehrheit für den Vertrag gewinnen. Die wichtigsten Ausnahmen betreffen den Euro, das Nein zur einer supranationalen Justizpolitik und das Nein zu EU-Militärangelegenheiten. Diese Ausnahmeregelungen können nur mittels einer Abstimmung in Dänemark abgeschafft werden.

- das Nein zum Euro bedeutete, dass Dänemark nicht Teil der dritten Phase der Währungsunion wurde, was insbesondere beinhaltete, dass Dänemark seine eigene Währung behielt (Krone).
- das Nein zur supranationalen Justizpolitik bedeutet dass Dänemark mit der EU diesbezüglich nur bilateral zusammenarbeitet – wie Norwegen und die Schweiz. Bezüglich der Entwicklung des Lissaboner Vertrags bedeutet dies, dass Dänemark sich bei der Übernahme von Teilen der EU-Justizpolitik zurückhält. Oft wird Dänemark bilateral mit der EU verhandeln, wenn das dänische Parlament das eine gute

\* Kampagnenkoordinator der dänischen *Volksbewegung gegen die EU* (Folkebevægelsen mod EU). Siehe für weitere Informationen zur dänischen *Volksbewegung gegen die EU*: [www.folkebevaegelsen.dk](http://www.folkebevaegelsen.dk) – mit Kontaktinformationen und weiteren Informationen in Englisch.

Idee findet.

- das Nein zu EU-Militärangelegenheiten ist die umfassendste Ausnahmeregelung und bedeutet, dass Dänemark an der EU-Verteidigungspolitik nicht teilnimmt und auch nicht dazu beiträgt. Dänemark ist bei den EU-Kampftruppen (EU battle groups) nicht beteiligt, ebenso wenig bei der EU-Verteidigungsagentur. Der dänische Steuerzahler zahlt nichts an die EU-Verteidigungsdimension.

Die dänische Regierung möchte diese Ausnahmeregelungen beseitigen und sie wollte ursprünglich vor den nächsten Parlamentswahlen damit durch sein, was sie aber nicht schaffte. Vermutlich wird aber nach den Wahlen, unabhängig davon, welche Parteien gewinnen werden, eine Mehrheit des Parlaments die Ausnahmeregelung in Militärangelegenheiten und im Justizbereich in Frage stellen wollen.

Die Opposition zum Euro ist in der Bevölkerung so stark, dass es schwierig ist, sich vorzustellen, dass eine künftige Regierung dazu eine Abstimmung anstrebt. Die dänische Regierung arbeitet aber weiterhin an einer Unterminierung



der dänischen Euro-Ausnahme. So nimmt Dänemark am sogenannten *Europakt zur Lösung der Schuldenkrise* teil – ohne eine wirkliche Debatte in Dänemark. 12 Tage nach der Präsentation der Pläne stimmt die Mehrheit des dänischen Parlamentes zu Gunsten des Paktes. Mit der Teilnahme am Euro-Pakt muss Dänemark jedes Jahr die EU über die Wohlfahrt, die Löhne, die Pensionskassen und die Zusammenarbeitssteuer informieren. Dafür wird die EU Dänemark „Ratschläge“ geben und dadurch Einfluss auf zentrale Gebiete der dänischen Wirtschaft und Wohlfahrt gewinnen. Drei



Oppositionsparteien (die Sozialdemokraten, die sozialistische Volkspartei und die Sozialliberale Partei) erhielten von der dänischen Regierung im Gegenzug für ihr „Ja“ gewisse Garantien, so etwa dass die dänische Euro-Ausnahme nicht durch die Teilnahme am Euro-Pakt gefährdet sei.

Die Tinte auf der dänischen Euro-Pakt-Übereinkunft war kaum trocken, als der Premierminister Lars Løkke Rasmussen (Liberal) einen frontalen Angriff auf die Partner der Übereinkunft lancierte: auf die Sozialdemokraten (S) und die sozialistische Volkspartei (SF).

Der Premierminister meinte, der Wirtschaftsplan „Faire Lösung“ der S und SF sei in unmittelbarem Konflikt mit den Zielen des Euro-Paktes, und dass die S und SF sich verpflichten müssten, einen völlig neuen Wirtschaftsplan zu präsentieren. Die *Volksbewegung gegen die EU* hatte zum Euro-Pakt eine Volksabstimmung verlangt. Allerdings ist es schwierig, dafür eine Mehrheit im Parlament zu finden. Der Einsatz gegen den Euro-Pakt ist aber immer noch wichtig und bringt den EU-Kritikern in der Bevölkerung vermehrt Unterstützung. Nicht zuletzt die Gewerkschaften sind EU-kritischer geworden. Die Konservative Jugend hat neulich entschieden, dass Dänemark die EU verlassen solle und die Liberale Jugend hat entschieden, den Beitritt zum Euro nicht mehr zu unterstützen. Beide Jugendparteien gehören zu Regierungsparteien.

### Abstimmung über die EU-Militär- und Justizpolitik

Dänemark wird dieses Jahr spätestens im November Parlamentswahlen haben. Es ist klar, dass nach den Wahlen eine Mehrheit des Parlaments versuchen wird, die dänischen Ausnahmeregelungen auf militärischer und juristischen Ebene abzuschaffen. Dies würde bedeuten, dass das Parlament freie Hand hätte, Dänemark supranationaler Regulierung im Justizbereich zu unterwerfen. Im Augenblick ist dies nicht möglich: es steht nur der Weg zu bilateralen Verträgen offen.

Die EU-Befürworter haben bereits Medienattacken auf die Ausnahmeregelungen im Justizbereich lanciert. Sie behaupten, Dänemark können ohne volle Teilnahme in diesem Bereich den Menschenhandel nicht bekämpfen: Dänemark würde gar zum freien Hafen für Menschenhandel. Zudem behaupten sie, es sei schwieriger Gewalt in der Familie und Verkehrssünder zu bekämpfen, wenn wir nicht mit der EU voll im Justizbereich zusammenarbeiten. All dies ist nicht so richtig einsichtig. Wir von der *Volksbewegung gegen die EU* vertreten die Meinung, dass die Ausnahmeregelung der Demokratie mehr Chancen eröffnet. Zudem haben wir die Möglichkeit, anspruchsvollere gesetzliche Regelungen zu erlassen. Zudem kann man immer noch bilaterale Verträge mit der EU abschliessen – wenn wir denken, dass eine Regelung der EU gut sei.

Auch die militärische Ausnahmeregelung wird in Frage gestellt. Diesbezüglich sind die Argumente der EU-Befürworter



aber noch schwächer. Sie behaupten, man müsse mitmachen – aus Verantwortung dem Weltfrieden gegenüber. Dänemark ist aber z.B. aktiv bei Minenräumaktionen rund um die Welt. Dänemark verhindert, dass Piraten ausserhalb Somalias aktiv werden und ist in mehreren friedenserhaltenden Missionen beteiligt. Wegen der militärischen Ausnahmeregelung können dänische Soldaten aber nicht unter EU-Flagge in die Welt hinausgeschickt werden. Wir von der *Volksbewegung gegen die EU* vertreten die Meinung, dass dies eine gute Sache ist – verlangen die EU-Verträge doch kein UNO-Mandat für militärische Aktionen. Wir glauben auch nicht, dass die EU eine unparteiische Organisation ist, welche den globalen Frieden als Hauptpriorität verfolgt. Wir sehen vielmehr, dass die EU ihre eigenen Waffenexporte und die Waffenindustrie fördert. Dänemark ist das einzige EU-Land ausserhalb der EU-Verteidigungsagentur und wir sind der Meinung, dass dies mehr zum Frieden beiträgt als eine Unterstützung der EU-Waffenindustrie. Catherine Ashton, die EU-Aussenministerin befürwortete im Dezember 2010 eine Aufhebung des EU-Waffenembargos gegenüber China. Wir fragen uns, inwiefern dieser Schritt den Frieden fördern soll. Chinas Regierung ist undemokratisch und immer noch für Menschenrechtsverletzungen verantwortlich und die EU hat schlechte Erfahrungen damit gemacht, Waffenembargos gegenüber Diktaturen aufzuheben – man schaue etwa nach Libyen. Dänemark ist zwar in die EU-Waffenhandelspolitik eingebunden. Mit der militärischen Ausnahmeregelung unterstützen wir aber nicht die EU-Waffenindustrie via EU-Verteidigungsagentur. Das ist definitiv ein erster Schritt hin zu mehr Frieden.

### „Etwas ist faul im Staate Dänemark“

Shakespeare's Satz passt gut auf den undemokratischen Prozess, der zum Vertrag von Lissabon führte und zur Teilnahme Dänemarks an diesem Vertragswerk. Eine einfache Mehrheit des dänischen Parlamentes stimmte für die Unterzeichnung des Lissabonner Vertrags – ohne Volksabstimmung. Dies trotz eines Versprechens der Regierung bezüglich des vorgeschlagenen EU-Verfassungsvertrages eine Volksabstimmung durchzuführen – wobei der Lissabonner Vertrag mit der EU-Verfassung fast identisch ist.

Dänemarks Verfassung ist eigentlich sehr klar – wenn es um Souveränität geht. Es muss entweder eine 5/6 Mehrheit im dänischen Parlament oder eine einfache Mehrheit in einer verbindlichen Volksabstimmung einem Abtreten von Souveränität zustimmen. Nach dem französischen und dem holländischen Nein zur EU-Verfassung und dem Herumschieben von Texten – ohne wirkliche inhaltliche Veränderungen, behauptete die dänische Regierung, es gebe keine Souveränitätsübertragung durch die Teilnahme an Lissabon und dass deshalb der Vertrag durch eine einfache Parlamentsmehrheit ratifiziert werden könne. Die deutsche EU-Präsidentschaft hatte vorgängig die dänische Regierung (und andere) angefragt, welche Änderungen am Verfassungsvertrag nötig seien, um eine Volksabstimmung zu vermeiden. Die Antwort der dänischen Regierung ist immer noch vertraulich!

Eine Gruppe von Bürgerinnen und Bürgern haben sich →



Die Währungspolitik der Europäischen Zentralbank wird vor allem auf die Bedürfnisse der grossen EU-Staaten ausgerichtet

## Der Euro – Rahmenbedingung für Irlands Wirtschaftskrise

**Die Wirtschaftskrise Irlands wurde im Wesentlichen durch den Beitritt zur Eurozone im Jahr 1999 verursacht, von der unkritischen Europhilie der Fianna Fáil, Fine Gael und der Labour Partei, sowie weiterer Kreise des Establishments durchgedrückt gegen jeglichen ökonomischen Sachverstand. Durch Abschaffung der eigenen Währung übernahm Irland die Währung einer Zone, mit der es nur einen Drittel des Handels hat. Ein weiterer Drittel erfolgt mit Grossbritannien und ein letzter Drittel mit den USA und der übrigen Welt. Auch 2010 fanden immer noch 2/3 des Aussenhandels ausserhalb der Eurozone statt. Der Beitritt zur Eurozone führte dazu, dass Irland in den Jahren des „keltischen Tiger“-Booms negative Realzinsen hatte, so dass die Wirtschaftsblase, die nun geplatzt ist, weiter aufgetrieben wurde, mit dem Resultat, dass nun sowohl der Staat als auch die Banken mit Staatsgarantie objektiv insolvent sind.**

Von Anthony Coughlan, Dublin

Die 10 EU-Mitglieder ausserhalb der Eurozone – Dänemark, Schweden, Grossbritannien, Polen, Tschechien usw. – haben keine Probleme, die mit denen des irischen Staates vergleichbar wären. Diese EU-Mitgliedstaaten danken es den Sternen, dass ihre Länder nicht der Verrücktheit verfielen, der Euro-Zone beizutreten. Ein bisschen Analyse zeigt, dass die Aufgabe des irischen Pfunds die schlechteste Entscheidung war, die eine irische Regierung je getroffen hat – viel schlimmer als die Blanko-Bank-Garantie von 2008 durch Präsident Cowen und Finanzminister Lenihan. Ohne den Beitritt zur Eurozone hätte sich nämlich die Notwendigkeit der Bankgarantie nicht

ergeben. Es war die Europäische Zentralbank (EZB) welche darauf bestand, dass diese Garantie gewährt wird. Insbesondere durfte keine irische Bank fallen, deren Untergang dazu geführt hätte, dass deutsch-französische Banken ihr Geld nicht zurückerhalten hätten.

Ausserhalb der Eurozone hätte die EZB keinen Druck auf Irland ausüben können. Der Eurofanatismus der Fianna Fáil,



### Fortsetzung von S. 2

—> deshalb entschlossen, vor Gericht zu gehen und erhoben Klage gegen den Premierminister und den Aussenminister. Zuerst mussten sie aber beweisen, dass sie ein legales Interesse am Vertragswerk haben. Die dänische Regierung behauptete, normale Bürgerinnen und Bürger hätten kein legitimes Interesse daran, den Ratifikationsprozess vor ein Gericht zu bringen – obwohl die dänische Regierung im selben Atemzug vorgab, der Vertrag sei von immenser Bedeutung für Dänemark. Die Regierung drohte den Klägern damit, sie müssten die vollen Kosten der Klage tragen. Im Januar dieses Jahres gewannen die Kläger den Prozess bezüglich der Berechtigung, Klage zu erheben. Das bedeutet, dass dänische Gerichte nun untersucht werden, ob die Ratifizierung des Lissabon-Vertrages eine Verletzung der dänischen Verfassung war und es ist deshalb ungewiss, ob der Vertrag von Lissabon in Dänemark gültig ist. Das Verfahren wird im Östlichen Obergericht beginnen, aber es ist so klar wie das Amen in der Kirche, dass der Fall vor den Obersten Gerichtshof gehen wird. Es wird 2-4 Jahre dauern, bevor das Verfahren zu einem Ende kommen wird.

Sollte die Gerichte zum Schluss kommen, dass die dänische Ratifizierung verfassungswidrig war und dass die dänische Regierung es unterlassen habe, einen formellen Vorbehalt bezüglich der verfassungsmässigen Ratifizierung des Vertrages anzumelden, wie es etwa Deutschland und

Tschechien machten, so werden die politischen Folgen bedeutend sein. Unterdessen unterstützt die dänische Regierung Vertragsveränderungen am Lissabonner Vertrag. Wie kann Dänemark aber zu Veränderungen eines Vertragswerks beitragen, wenn es nicht mal sicher ist, dass Dänemark den Vertrag überhaupt ratifiziert hat?

Kurzum, der Fall Lissabon-Vertrags-Ratifizierung gibt den dänischen EU-Mitgliedschaftsgegnern neue Argumente und Möglichkeiten, ihre Sicht der Dinge darzulegen. Die Organisation hinter der Klage ([www.lissabonsagen.dk](http://www.lissabonsagen.dk)) braucht immer noch Unterstützung, sowohl organisatorische wie auch politische. Der Ausgang des Verfahrens ist schwierig vorauszusagen. Es gibt aber gute Argumente dafür, dass die Klage erfolgreich sein wird. Wenn wir den Fall gewinnen, wird es entweder eine Volksabstimmung über den Lissaboner Vertrag geben oder Dänemark wird seine Beziehung zur EU neu verhandeln müssen. Vermutlich wird es aber eine Volksabstimmung geben und ein Nein zu Lissabon würde dann zu neuen Verhandlungen mit der EU führen. Ein Ja des Volkes würde am Status quo nichts verändern – die ganze Debatte um die Verfassungsmässigkeit eröffnet aber gute Gelegenheiten, um die öffentliche Debatte über die Entwicklung der EU zu fördern. Die dänische Beziehung zur EU ist wie ein Schweizer Käse. Dabei sein oder nicht – das ist auch die Frage für Dänemark. ■



Fine Gael und Labour, der zur Unterzeichnung des Maastrichter Vertrag führte und Irland in die Eurozone zwängte, stellt die grösste politische Verfehlung des politischen Establishments der Geschichte Irlands dar. Die Unterwürfigkeit bezüglich der EU ist jedoch in den Medien und im Polit-Establishment so tief verankert, dass viele, die es besser wissen sollten, auch heute noch zu furchtsam sind, diese offensichtliche Fehlentscheidung anzuerkennen und zu erwähnen. Es gibt zwar den Ruf nach einer öffentlichen Untersuchung der unglückseligen Blanko-Bank-Garantie von September 2008 und wieso diese im letzten September fortgeführt wurde. Relevanter wäre hingegen eine Untersuchung der Verrücktheit, welche den irischen Staat dazu verleitete, der Eurozone beizutreten, Auslöser des Finanzkollapses und der Bankgarantien.

### **Soll die Zukunft der Kinder Irlands dem Zusammenhalt der Euro-Zone geopfert werden?**

Wir sind nun wie Ratten innerhalb der Eurozone gefangen, obwohl es nur eine Frage der Zeit ist, bis diese auseinanderbricht und alle oder einige Länder diese verlassen und ihre eigenen Währungen wieder einführen. Denn die strukturellen Mängel der Währungsunion sind offensichtlich und unüberwindbar. Die einzige Frage ist, wie bald die Auflösung erfolgt und unter welchen Bedingungen – organisiert oder chaotisch. In der Zwischenzeit drückt Deutschland, mit Frankreich am Rockzipfel, ein Bestrafungsregime für Irland und andere periphere Eurozonen-Länder durch – mit rigiden Sparprogrammen und dem Ausverkauf der Tafelsilbers dieser Länder – ein Austeritäts-Regime, das noch Jahre dauern könnte.

Am 24. März 2011 hat der Europäische Rat der EU-Premierminister und -Präsidenten eine Ergänzung des Lissaboner Vertrags beschossen, die eine ständige EU-Bail-Out-Klausel von 2013 an vorsieht – der *Europäische Stabilisierungsmechanismus* (ESM, umgangssprachlich auch *Euro-Rettungsschirm* genannt). Irland soll zu diesem beitragen, er wird aber keine Rückwirkung entfalten und die Lasten auf dem irischen Volk, die im EU-IWF-Deal von Ende Dezember 10 beschlossen wurden, nicht mildern. Die EU-Autoritäten wollen um jeden Preis Referenden zum Euro-Rettungsschirm vermeiden, obwohl dieser eine Veränderung der EU-Verträge beinhaltet. Dazu soll das „vereinfachte Änderungsverfahren“ des Lissaboner Vertrags (Artikel 48) bemüht werden. Die irische Regierung wird unter Druck gesetzt werden, die neue Regelung in Irland durchzudrücken ohne Verfassungsreferendum – mit dem Argument, es liege nur eine kleinere technische Änderung der Verträge vor und diese würde die Macht der EU nicht vergrössern.

Die Opposition wird eine Verfassungsklage ins Auge fassen müssen, wenn die neue Regierung den Kurs der Fianna Fáil weiter verfolgt, dem irischen Volk eine Abstimmung über diese Vertragsveränderungen zu verweigern. Unterdessen ist es wahrscheinlich, dass die Angriffe auf die irische 12.5%-Unternehmensgewinnsteuer zunehmen werden. Ebenso werden die Vorstösse für eine Gemeinsame EU-Steuerbemessungsgrundlage, welche die irische Attraktivität für ausländische Investoren unterminieren würde, verstärkt werden. Die Gemeinsame Steuerbemessungsgrundlage, welche von

der Brüsseler Kommission portiert wird, will die Unternehmenssteuer zentral auf EU-Ebene berechnen und die Firmen gemäss Verkaufszahlen ihrer Produkte in den verschiedenen Ländern Steuern zahlen lassen. Entsprechend werden die Steuern nicht mehr in den Ländern bezahlt, in denen die Güter produziert werden.

Die irische Regierung sollte ihre Antworten auf die Krise mit den anderen sogenannten PIIGS-Ländern der Euro-Zone – Portugal, Italien, Griechenland und Spanien – koordinieren und dem franco-deutschen Diktat, das sich durchzusetzen scheint, widerstehen. Dies würde bedingen, dass die irische Regierung die unterwürfigen Gewohnheiten der EU und den grossen EU-„Partnern“ gegenüber, welche das irische Polit-Establishment seit Jahrzehnten pflegt, überwindet. Dies würde etwas politisches Rückgrat verlangen sowie den Willen, für die irischen Interessen einzustehen. Bisher versuchte die irische Politik sich so weit wie nur möglich von den anderen PIIGS-Ländern zu distanzieren – auf der Linie der Politik, Irland krampfhaft als „guten Jungen“ der EU-Schulklasse hinstellen zu wollen, überglücklich, solange man Schulterklopfen für gutes Benehmen von Franco-Deutschland erhält!

### **Druck auf die EZB wäre möglich**

Die EZB hat den irischen Banken ungefähr •150 Milliarden Kredit gewährt. Wenn die irischen Banken morgen schlössen, würde die EZB diese •150 Milliarden nicht zurückerhalten, weil das Geld im Wirtschaftssystem Irlands steckt. Die EZB weiss, dass Irlands Banken nicht das Geld haben, um diese



grosse Summe zurückzuzahlen. Vom Standpunkt der EZB ist es am besten, die irischen Steuerzahler zur Kasse zu bitten, um das Geld zurück zu bekommen.

Entsprechend sind die Andeutungen des Polit-Establishments und der Medien, die EZB würde die Geldautomaten abstellen und damit den Geldfluss in der Wirtschaft stoppen, Panikmache, um die irische Bevölkerung dazu zu bringen, Schulden zu übernehmen, für die sie nicht verantwortlich ist. Der zentrale Punkt ist, dass die EZB will, dass der irische Staat und die irischen Steuerzahler die Last der •150 Milliarden so bald als möglich der EZB zurückzahlt. Dazu sollen die vom irischen Staat rekapitalisierten irischen Banken an ausländischer Besitzer verkauft werden, NAMA-Kreditpapiere<sup>1)</sup> zu Schleuderpreisen auf den Markt geworfen werden, Staatsbetriebe privatisiert, Staatsvermögen verkauft und der irische Steuerzahler ausgequetscht werden.

Das ist im wesentlichen, wozu die EU/IWF-Absichtserklärung die irische Regierung verpflichtet. Die irische Öffentlichkeit

<sup>1)</sup>Fussnote: National Asset Management Agency (NAMA), die am meissen durch die Schuldenkrise betroffene Bank Irlands



lichkeit muss gewarnt werden, dass das, was die Polit-Oberschicht plant, eine massiver Verkauf von irischen, rekapitalisierten Banken und Staatsbetriebe an ausländisches Kapital bedeutet – im wesentlichen um die EZB schadlos zu halten und um die privaten Banken in Deutschland, Frankreich und Grossbritannien vor den Verlusten ihrer irischen Operationen zu schützen. Solange dieser Ausverkauf aber noch nicht abgeschlossen ist, hängt die EZB von Irland ab und Irland könnte entschlossener auftreten und seine Interessen selbstbewusst vertreten. Die irische Regierung sollte deshalb in Übereinstimmung mit dem alten Schlagwort handeln: Wenn du der Bank eine Million schuldest, bist Du in Schwierigkeiten, schuldest Du der Bank 100 Millionen, ist die Bank in Schwierigkeiten. Die EZB sah während Jahren verantwortungslos zu, als deutsche, französische und britische Banken grossen Summen Geld in den irischen Markt steckten und damit grosse Gewinne machten. Als der Zentralbank der Eurozone müsste die EZB für Folgen dieses Fehlers gerade stehen. Der irische Staat muss die Übernahme der horrenden Schulden der privaten Banken zurückweisen, deren Garantie so dumm und vorschnell übernommen wurde. Damit wäre es möglich, die eigenen Schulden zurückzuzahlen und auf die internationalen Obligationenmarkt zurückzukehren, um Staatsanleihen zu vernünftigen Zinsraten zu erhalten.

### Währungs-, Haushalts- und Politunionen

Man kann keinen unabhängigen Staat ohne eine eigene Währung haben. Eine solche ist nötig, um entweder seine Zinsen oder die Wechselkurse kontrollieren zu können. Es handelt sich um grundlegende wirtschaftliche Instrumente, um die Wohlfahrt der Bevölkerung zu fördern. Jene, die in der Geschichte für eine Irische Republik kämpften, setzten sich vor allem auch dafür ein, dass ein irischer Staat eine eigene Währung und entsprechende Wirtschaftsinstrumente zur Verfügung hätte, um sich für die irische Bevölkerung einzusetzen. Der Zinssatz ist in gewissem Sinn der interne Preis des Geldes und der Wechselkurs sein externer Preis. Eine Regierung kann beides nicht beeinflussen, ausser das Land hat eine eigene Währung. Deshalb war der EU-Kommissionspräsident Romano Prodi so exaltiert bezüglich der Gründung der Währungsunion im Jahre 1999: „Die zwei Pfeiler des Nationalstaates sind das Schwert und die Währung und da haben wir angesetzt.“

Das grundlegende Problem der Eurozone und ihrer 17 Regierungen ist, dass es keine stabile und dauerhafte Währungsunion geben kann, solange es keine Steuer- und Ausgabenunion gibt. Nötig wäre also eine politische Union, in der die Mitgliedstaaten für den Verlust der Möglichkeit, die Konkurrenzfähigkeit mittels Wechselkursanpassungen zu

steuern, kompensiert werden. Diese Kompensation hätte in Form eines Ausgleichsfonds zu erfolgen: ein Geldtransfer von den reicheren zu den ärmeren Ländern via eine gemeinsame Euro-Steuer-Zone und öffentliche Dienstleistungen. Letzteres würde eine politische Union wie die der USA beinhalten – die Vereinigten Staaten Europas, Illusion und Hirngespinnst der Euronationalen.

Ein System gemeinsamer Steuern und öffentlicher Dienstleistungen existiert aber nur innerhalb der Länder Europas. Es existiert nicht transnational und es kann dort auch nicht existieren. Dazu fehlt die dafür notwendige gesellschaftliche Solidarität. Die Identifikation mit „Europa“, das Gefühl zu einem gemeinsamen politischen „Wir“ zu gehören, fehlen. Ohne dieses Gefühl zahlen die Leute aber nicht bereitwillig Steuern an eine Regierung.

Das ist der fundamentale Fehler des EU-Integrations-Projektes, der Versuch die EU in einen Quasi-Staat zu verwandeln. Freihandel ist eine Sache und oft eine gute Sache. Eine gemeinsame Währungs-, Kredit- und Wechselkurspolitik für sehr unterschiedliche Wirtschaften ist jedoch etwas völlig anderes. Der Widerstand der deutschen öffentlichen Meinung gegenüber einer Finanzierung Griechenlands, Irlands, Portugals, etc. ist nur eine kleine Illustration dieser Tatsache. Die Solidarität für einen kontinentalen Finanzausgleich – ohne den die Währungsunion nicht überleben kann – existiert nicht und sie kann auch nicht künstlich geschaffen werden.

### Wiedereinführung der irischen Währung

Der Vorteil einer eigenen Währung für ein Land besteht darin, dass die Regierung via Kreditvergabe und Zinsen Einfluss auf die Konjunktur und damit auf den Arbeitsmarkt nehmen kann. Oder es kann die Wettbewerbsfähigkeit des Landes durch die Anpassung der Wechselkurse gesteuert werden. Regierungen können Ziele setzen entweder für den Zinssatz oder die Wechselkurse, wobei nicht beides auf einmal gemacht werden kann, da beide Grössen von einander abhängig sind.

In der Eurozone werden die Zinssätze und die Wechselkurspolitik im Interesse der grossen EU-Staaten festgelegt – sie weisen auch die grössten Bevölkerungen der Eurozone auf. Die „Eine Grösse für alle“-Zinspolitik der EZB muss immer für manche EU-Länder unpassend sein, da die 17 Volkswirtschaften recht unterschiedlich sind. Dies gilt insbesondere für Irland. Während in den übrigen Euro-Länder mehr als die Hälfte des Handels mit anderen Euro-Ländern stattfindet, handelt Irland zu ungefähr 2/3 ausserhalb der Eurozone. Entsprechende Probleme zeigen sich gerade heute, wo der Euro gegenüber dem Dollar und dem Pfund steigt. Dies schädigt irische Exporte in die Dollar/Sterling Länder, mit denen wir am meisten Handel abwickeln, und erleichtert Konkurrenzimporte aus diesen Ländern.

Obwohl der Schritt in die Euro-Zone für Irland ein Desaster ist, kann daraus nicht geschlossen werden, dass ein Austritt aus der Euro-Zone ohne Leiden von statten ginge. Dies insbesondere, wenn die Politik der irischen Regierungen weitergeführt wird, durch die Übernahme von Bank-Staatsgarantien Irland dauerhaft zu verschulden. Trotzdem muss die Wiedereinführung einer unabhängigen irischen





Währung ein zentrales Ziel aller echten irischen Demokraten sein: denn ohne eigene Währung gibt es keine Unabhängigkeit und ohne Unabhängigkeit keine demokratische Einflussnahme auf die Wirtschaftspolitik! Man sollte vor der Wiedereinführung der eigenen Währung keine Angst haben – angesichts der Tatsache, dass die Probleme beim Verbleib in der Eurozone zunehmen werden und der Trend in Richtung konstanter Spannungen und Krisen in der Eurozone geht – bis zu deren Auseinanderbrechen.

Die Drohung, die Schulden der privaten Banken nicht zu übernehmen und damit den Schwarzen Peter an die EZB zu schieben, sowie die Wiedereinführung des irischen Pfundes sind die Haupttrümpfe Irlands bezüglich der Eurozone. Im Augenblick kann Irland seine Konkurrenzfähigkeit nicht via Abwertung der Währung schützen. Irland kann nur konkurrenzfähiger werden durch „Entwertung“ mittels Lohnabstrichen, Senkung der Pensionen und Sozialleistungen sowie Druck auf die Gewinne – über mehrere Jahre hinweg. Der Hauptvorteil eines Austiegs aus der Eurozone und der wiedergewonnen Gesellschaft mit den 10 EU-Staaten ausserhalb der Eurozone wäre die Fähigkeit Irlands, die Geld- und Kreditmenge in Irland zu kontrollieren und damit die inländische Nachfrage und Beschäftigung zu stimulieren. Zudem könnte die Konkurrenzfähigkeit mittels Abwertung gestärkt werden. Das Hauptproblem dieses Schrittes bestünde darin, dass ein grosser Teil der Aussenschulden in Euro sind. Diese wäre bei einer schwächeren Währung nicht leicht zurückzuzahlen. Allerdings würden die wirtschaftlichen Vorteile der währungspolitischen Unabhängigkeit und deren Auswirkungen auf Beschäftigung und Aussenhandel es ermöglichen, die Schulden leichter zurückzuzahlen. Zudem müssten günstige Konditionen ausgehandelt werden, etwa durch Überweisung von Arbitrage-Gewinnen der EZB an Irland. In einer Übergangsphase wären zudem wohl Transaktionskontrollen nötig.

Wenn die Eurozone auseinanderbricht, ist eine geplante Auflösung mit ausgehandelter Zuteilung der Schulden besser als einer chaotischer Untergang. Die Auflösung von Währungsunionen als solche ist unproblematisch: Es gibt viele Beispiele für solche Auflösungen: der irische Staat selber

verliess die Währungsunion mit Grossbritannien 1921, obwohl eine fixe Wechselkurspolitik bei einem überbewerteten irischen Pfund bis 1979 verfolgt wurde. Der sowjetische Rubel wurde 1991 in kurzer Zeit durch 15 Währungen ersetzt. Die tschechoslowakische Krone und der jugoslawische Dinar wurden in den 90er Jahren durch mehrere Währungen in den Folgestaaten ersetzt. 1919 wurde der austro-ungarische Thaler durch verschiedene Währungen in mehreren Folgestaaten ersetzt.

Heute opfert man Irland, Griechenland, Portugal etc. und die vitalen Interessen der Bevölkerungen dieser Länder der Rettung der Eurozone. Deren Auflösung würde eine Schwächung des gesamten EU-Integrationsprojektes bedeuten,

In der Wochenzeitung vom 3. Februar 2011, S. 11, erschien ein lesenswerter Artikel zur Euro-Debatte in Osteuropa unter dem Titel "Euro? Nein danke!" von Tomas Konicz. Deutschland drängt gemäss Artikel auf eine Ausweitung der Eurozone. In Osteuropa fürchtet man die deutsche Übermacht und eine Übernahme von Teilen der Wirtschaft durch deutsches Kapital bei wirtschaftlichen Problemen, die man nicht mehr mittels Währungspolitik steuern könnte.

dessen Ziel die Bildung eines europäischen Quasi-Superstaates unter franco-deutscher Hegemonie ist, um auf globaler Ebene eine Supermacht zuwerden.

Man sollte sich in Irland daran erinnern, dass in der einzigen Zeitspanne, in der der irische Staat seine monetäre Unabhängigkeit tatsächlich wirtschaftspolitisch nutzte, nämlich in den 90er Jahren, und in denen eine unabhängige Wechselkurspolitik verfolgt wurde, von 1993 bis 1999, Irland die „Celtic Tiger“-Wirtschaftswachstumsraten von 8% pro Jahr brachten – bis dieses gesunde Aufholwachstum durch die Tiefzinspolitik in der Eurozone und die daraus erfolgende irische Wirtschaftsblase zerstört wurde. (<http://www.nationalplatform.org/>) ■

## Kurzinfo

### Französisches Faustrecht für die Iren

Wie ungezogene Kinder werden die Iren dieser Tage von ihren EU-Partnern behandelt. Sie müssen auch weiterhin Strafzinsen von 6% auf ihren Euro-Darlehen bezahlen, während die Griechen eine Ermässigung und eine Fristerstreckung erhalten. Die Iren hätten eben noch nicht alle «Bedingungen» für eine mildere Behandlung erfüllt, erläutert Frau Merkel selbstgewiss, während Monsieur Sarkozy ein irisches Entgegenkommen bei der Körperschaftssteuer verlangt.

Im Nachhinein erhalten die irischen Gegner des Lissabonner Reformvertrags recht: Sie argwöhnten, die irische Körperschaftssteuer liege im Fadenkreuz der EU. Daher beteuerte die EU vor dem zweiten irischen Referendum feierlich, der Vertrag ändere nichts an Irlands Souveränität über seine (direkten) Steuern. Das ist inzwischen zur Makulatur gewor-

den. Auch das «Memorandum of Understanding» vom letzten Dezember zwischen der irischen Regierung und ihren neuen internationalen Kreditgebern erwähnt die Körperschaftssteuer nicht.

Pacta sunt servanda? Jetzt herrscht Faustrecht. Vergeblich wies der neue irische Premierminister, Enda Kenny, seinen Kritiker Sarkozy darauf hin, dass die effektive Unternehmensbesteuerung in Frankreich bloss 8,2% betrage, wie eine Untersuchung von PricewaterhouseCoopers und der Weltbank nachwies. Er hätte hinzufügen können, dass die effektive Besteuerung in Luxemburg 4,1%, in Belgien 4,8% und in der Schweiz 8,9% beträgt. In Irland dagegen, wo der nominale Satz bei 12,5% liegt, werden effektiv 11,9% abgeschöpft. NZZ, 15. März 2011, S. 26





Die EU hat nichts mit einer demokratischen, sozialen und friedlichen Integration der Länder und Völker dieses Kontinents zu tun

## Nicht weiter über den EU-Ausstieg schweigen!

**Selbst ÖGB-Chef Foglar klagt mittlerweile, dass „die EU-Kommission Europa zu einer neoliberalen Spielwiese“ macht. Wenn wir ernsthaft von der Überwindung des Neoliberalismus reden wollen, dürfen wir nicht weiter über den EU-Austritt schweigen.**

Solidar-Werkstatt, Linz\*

Wir brauchen solidarische und kooperative Rahmenbedingungen, wenn wir einen Ausweg aus der neoliberalen Sackgasse, also der entfesselten Konkurrenz- und Konzernmacht, finden wollen. Das geht aber nur, wenn wir die Rahmenbedingungen, die in Form der EU gezimmert wurden, abschütteln. Denn die EU hat nichts mit einer demokratischen, sozialen und friedlichen Integration der Länder und Völker dieses Kontinents zu tun. Sie ist das Gegenteil: Sie ist der Versuch der Macht- und Konzerneliten, die sozialen Errungenschaften, die auf der Ebene der einzelnen Nationalstaaten erkämpft wurden, flächendeckend zurückzurufen, und ihre Entstehung auf europäischer Ebene von vornherein zu unterbinden.

### Grundlage für dieses Konkurrenzregimes ist der sog. EU- Binnenmarkt

Die Blaupause dafür wurde bereits im Jahr 1983 vom „European Round Table of Industrialists“ (ERT), einer Versammlung der Chefs der 48 mächtigsten europäischen Industriekonzerne, erstellt. Schritt für Schritt wurden die Vorlagen der Großindustrie umgesetzt und die Staaten durch EU-Verträge in ein neoliberales Konkurrenzregime gezwängt, das die Freiheit von Kapital und Warenverkehr zur obersten aller Spielregeln macht. Alle EU-Staaten verpflichteten sich zu einer „offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb“ heißt es nicht weniger als ein halbes Dutzend Mal in den EU-Grundlagenverträgen. Wer für eine solidarische Ökonomie mit starkem öffentlichen Eigentum und Gemeinwirtschaft eintritt, steht außerhalb des berechtigten EU-„Verfassungsbogens“.

### „Bis es kein Zurück mehr gibt“

Selbst ÖGB-Chef Foglar klagt mittlerweile darüber, dass die EU-Kommission Europa „zu einer neo-liberalen Spielwiese“ macht. Um freilich im gleichen Atemzug eine „soziale EU“ zu beschwören. Das klingt schön, verkennt aber die reale Konstruktion der EU. Diese funktioniert wie ein Ventil, das sich nur in eine Richtung öffnet. Denn sobald etwas im Primärrecht der EU verankert ist, können Änderungen nur mehr erreicht werden, wenn gleichzeitig alle 27 Staaten mit Verfassungsmehrheit das auch wollen. Jeder weiß: Ein Zurück ist damit faktisch unmöglich. Selbst für die EU-Mächtigen war es in der Vergangenheit oft schwer, ihre neoliberalen –

SOLIDAR-WERKSTATT für ein solidarisches, neutrales und weltoffenes Österreich, Waltherstr. 15, 4020 Linz; office@solidarwerkstatt.at, www.solidarwerkstatt.at

und zunehmend militaristischen – Ambitionen in den Beton des EU-Verfassungsrechts zu gießen. Aber sie haben ihre Mittel dafür: z.B. die Ignorierung von Volksabstimmungen (s. zwei Mal Irland, Frankreich, Niederlande). Oder die verfassungswidrige Verweigerung von Volksabstimmungen (z.B. Österreich). Ansonsten gilt auf EU-Ebene die Methode, die der luxemburgische Ministerpräsident Jean Claude Juncker einmal folgendermaßen beschrieben hat: „Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, was passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter – Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt.“ (Spiegel 52/1999) Mit diesen Mitteln wurde die „offene Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb“, die Kapitalverkehrsfreiheit, der Freihandel nach innen und außen, die Festlegung der Europäischen Zentralbank auf die Interessen der großen Vermögensbesitzer, aber auch die Verpflichtung aller EU-Staaten zur permanenten militärischen Aufrüstung und vieles mehr im EU-Primärrecht einbetoniert.

### „Radikalisierung des Neoliberalismus“

Dass auch die darauf beruhenden Richtlinien entsprechend kapitalkonform verlaufen, garantiert die EU-Kommission, die das alleinige Recht auf Gesetzesinitiative hat. Demokratisch nahezu unbelangbar sitzen die Kommissare fest eingebunden in einem Netz von 15.000 Lobbyisten in Brüssel, die zu 70% aus dem Bereich der Großindustrie kommen. Und gerade diese Kommission soll durch die Verschärfung des EU-Stabilitätspaktes noch mehr Macht bekommen, um den EU-Staaten drakonische Spar- und Privatisierungspakete aufzuoktroieren.



Diese reale Verfassung der EU führt zu dem Aberwitz, dass auf die durch die eigene neoliberale Politik wesentlich mitverursachte Wirtschafts- und Finanzkrise nun die EU mit einem Programm der „Radikalisierung des Neoliberalismus“ (WU-Ökonom Joachim Becker) antwortet.

### Raum für Alternativen zurückerobern.

Als Solidarwerkstatt rufen wir daher auf, die Traumtänzeri zu beenden, schöne Wunschzettel nach Brüssel zu schicken, in



Wenig bemerkt von der Öffentlichkeit wurde beim EU-Gipfel im März 2011 die nächste EU-Neoliberalismus-Lawine losgetreten. Hauptziel ist es, die EU-Staaten noch stärker unter Druck zu bringen, im Sozialbereich zu kürzen, die Löhne zu senken und öffentliches Eigentum zu privatisieren. Um das zu erreichen, soll der sog. „Stabilitäts-pakt“ erheblich verschärft werden: Ab sofort sollen Strafzahlungen nicht nur bei Überschreiten des 3%-Defizitkriteriums erfolgen, sondern auch, wenn die Gesamtverschuldung über 60% des BIP ausmacht. Dann müssen nach einer sog. „Zwanzigstelregelung“ Jahr für Jahr Sparbudgets geschnürt werden. Für Österreich, das bei seiner Gesamtverschuldung knapp über 70% liegt, hiesse das, dass die nächsten 20 Jahre jedes Jahr milliarden-schwere Spar- bzw. Belastungspakete ins Haus stehen. Kommt ein Land diesen Vorgaben nicht nach, drohen empfindliche Strafzahlungen in der Höhe von 0,2% des BIP. (im Fall von Österreich wären das rd. 600 Millionen Euro).

Darüber hinaus soll die EU-Kommission das Recht zum Eingriff in die nationale Wirtschaftspolitik und zum Verhängen von Strafen auch bei sog. „mangelnder Wettbewerbsfähigkeit“ erhalten. Damit kann die EU-Kommission zum ersten Mal direkten Druck auf Löhne

und Sozialleistungen ausüben. Eine neue Abstimmungsregel im EU-Rat sorgt dafür, dass die Strafen auch tatsächlich verhängt werden. Wenn der EU-Rat innerhalb von 10 Tagen nicht mit qualifizierter Mehrheit den Strafforderungen der Kommission widerspricht, treten diese automatisch in Kraft.

Schliesslich soll die Politik, die der Internationale Währungsfonds gegenüber verschuldeten Entwicklungsländern – mit oft verheerenden Wirkungen für die betroffenen Länder – praktiziert hat, nun innerhalb der EU Nachahmung erfahren. Es soll ein permanenter „EU-Schutzschirm“ (EMF) eingerichtet werden, der – falls die Währungsunion in Gefahr gerät – an überschuldete Staaten, Kredite vergibt und diese an „äusserst strikte Auflagen“ knüpft. Im Klartext: In den betroffenen Ländern wird – siehe Griechenland, Irland, Portugal – die Demokratie weitgehend ausser Kraft gesetzt, die EU-Kommission diktiert die Wirtschafts-, Sozial- und Lohnpolitik. Geschützt werden mit diesem Schutzschirm nicht die Menschen, sondern die Profite der grossen Bank- und Industriekonzerne – zu Lasten der SteuerzahlerInnen. Österreich muss dafür 2,783 Mid. Euro einzahlen. Werkstatt-Blatt 1/2011.

denen eine soziale und demokratische EU eingemahnt wird. Der realistische Weg ist der Kampf um den Austritt Österreichs aus der EU. Das hat nichts, aber auch gar nichts mit nationaler Borniertheit zu tun. Der Ausbruch aus dem neoliberalen Korsett ist die Voraussetzung dafür, sich einen politischen Raum zurückzuerobieren, wo Alternativen zum Neoliberalismus durchgesetzt und ein Solidarstaat Luft zum Atmen hat. Erst der Ausbruch aus der EU schafft Raum für den dringenden Ausbau des Sozial- und Bildungsstaates und für eine internationalistische Politik, wo sich Staaten auf Augenhöhe begegnen, statt in demütigende neokoloniale Abhängigkeiten zu geraten, wie das derzeit sogar innerhalb der EU mit Ländern wie Griechenland, Irland oder Portugal passiert. Die EU ist – wie grün-alternative GewerkschafterInnen es vor kurzem

formuliert haben – der Marsch in einen „autoritären Kapitalismus“.

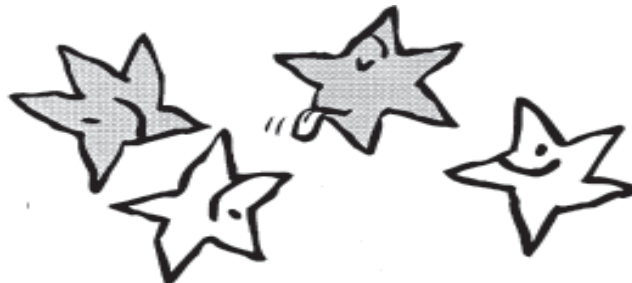
Die Machteliten haben die Frage des EU-Austritts tabuisiert. Mit gutem Grund. Denn sie wissen: Solange emanzipative Bewegungen dieser Frage ausweichen, wird sich ihre Energie im neoliberalen EU-Gefüge totlaufen. Der Austritt aus der EU ist schwer, keine Frage. Aber die Veränderung der EU wäre – siehe oben – schwer hoch 27. Wer mit der Exponentialrechnung vertraut ist, weiß dass selbst eine kleine Zahl hoch 27 zu astronomischen Größen führt. Wenn wir ernsthaft von der Überwindung des Neoliberalismus reden wollen, dürfen wir nicht weiter über den Austritt aus der EU schweigen. Werkstatt-Blatt 1/2011, S. 11 ■

## Kurzinfo

### Hilfe für Entwicklungsländer

Nach Ansicht der EU-Finanzminister ist die EU auf gutem Weg, ihre Finanzierungsversprechen für Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen in Entwicklungsländern zu erfüllen. Die EU-Staaten zahlten dafür 2010 rund 2,2 Milliarden Euro. Die Maßnahmen sind Teil der Kopenhagener Klimaver-einbarungen vom Dezember 2009. Allerdings hatte sich die EU darin verpflichtet, 7,2 Milliarden bis 2012 bereitzustellen und liegt damit um 200 Millionen Euro hinter die Zielmarke zurück.

Die Entwicklungsorganisation Oxfam kritisierte, die EU habe nicht einmal auf dem Papier ihr Versprechen erfüllt. Ohnehin sei fraglich, ob ein Teil der Gelder nicht durch bloße Umwidmung von bereits eingeplanter Entwicklungshilfe zustande



komme. Der „Copenhagen Accord“ verlangt neue, zusätzliche Mittel. Der von den Finanzministern angenommene Bericht gibt dazu keine Auskunft. Das europäische Klimaaktions-netzwerk CAN forderte deshalb eindeutige Informationen in dem EU-Bericht. [www.kurzlink.de/oxfamkom](http://www.kurzlink.de/oxfamkom); umwelt aktuell, Februar 2011, S. 12



## Buchbesprechungen



### Die heimliche zweite EU-Bürokratie

Martin Ehrenhauser, fraktionsfreier EU-Parlamentarier, legt mit seinem schnell gelesenen Büchlein eine Darlegung gewisser Auswüchse der EU-Bürokratie dar: er schildert das Anwachsen jenes Teils der EU-

Bürokratie, der in der Form von Agenturen institutionalisiert ist und oft von Brüssel in die Mitgliedstaaten ausgelagert ist. Ehrenhauser verwahrt sich gegen den Vorwurf, „anti-europäisch“ zu sein: er möchte die EU-Institutionen effizienter machen. Die Lektüre des Büchleins – welche einige Beweggründe für die Schaffung von Agenturen aufleuchten lässt – lässt allerdings an entsprechenden Möglichkeiten zweifeln. Erleuchtend ist das Büchlein auch bezüglich der Mentalität gewisser „Europäer“. Ein paar Leckerbissen: „Wie wäre es, wenn Schweden eine Agentur für Modelausbildung bekäme, da ihr so hübsche Frauen habt“ (Jacques Chirac, ehemaliger Staatspräsident Frankreichs) oder „Parma ist ein Synonym für gute Küche. Die Finnen wissen nicht einmal, was Prosciutto ist. Ich kann das nicht akzeptieren“. (Silvio Berlusconi im Kampf um die Ansiedelung der Agentur für Lebensmittelsicherheit in Parma).

Die Schaffung der EU-Agenturbürokratie mit 6700 Beamten – bei stark wachsender Tendenz – und mit 1.7 Milliarden Euro an Steuergeldern dotiert, folgt dabei nicht einem klaren politischen Plan. Die EU-Kommission gestand in einem Moment seltener Ehrlichkeit „Die Einrichtung der Agenturen erfolgt von Fall zu Fall, ohne dass sie durch ein umfassendes Konzept flankiert worden wäre, aus dem hervorgeht, welchen Platz Agenturen in der Union einnehmen sollen“.

Die Aufgabengebiete der einzelnen Agenturen fallen oftmals nicht in EU-Kompetenz. Die Tätigkeitsbereiche sind zudem häufig nicht klar begrenzt. Es entstehen Doppelstrukturen in Konkurrenz zu einzelstaatlichen Einrichtungen, zu Einrichtungen der EU oder zum Europarat. Ein Beispiel: die Rolle der Grundrechtsagentur in Wien ist unklar. Der Grundrechtsschutz ist im Gemeinschaftsrecht durch den EU-Gerichtshof anerkannt und alle EU-Mitgliedstaaten gewähren durch ihre Mitgliedschaft im Europarat ein individuelles Beschwerderecht an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. In anderen Fällen werden Nationale Strukturen verdoppelt, ohne dass erstere abgebaut würden. Da wird z.B. eine Europäische Eisenbahn Agentur gegründet, ohne dass in den einzelnen Ländern entsprechende Eisenbahneinrichtungen schlanker würden. Häufig werden von den Agenturen nur bereits bestehende Daten gesammelt, neu gebündelt und in Hochglanzbroschüren an den Mann gebracht.

Eines der inoffiziellen Ziele der Gründung von Agenturen besteht in der Auslagerung von EU-Bürokratie, um diese nach aussen schlanker zu machen und damit das Versprechen, die Bürokratisierung mittels Verwaltungsreform in Zaum zu halten, scheinbar zu erfüllen. Laut offiziellen Budgetzahlen sind die

Verwaltungsausgaben der EU-Kommission seit Beginn der „Reform“ im Jahr 2000 um drei Prozent gesunken. Zählt man aber die Agenturen hinzu, so sind die Gesamtkosten von 2000 bis ins Jahr 2009 um 19 Prozent gestiegen – von 3.2 auf 3.8 Milliarden Franken.

Ein weiteres inoffizielles Ziel der Schaffung von Agenturen besteht darin, den Bürgerinnen und Bürgern der Mitgliedstaaten Nähe der EU-Bürokratie zu mimen, obwohl kaum Aufgaben von Brüssel weg in die Agenturen verlagert werden. Durch Scheindezentralisierung sollen den lokalen Bevölkerungen Vorteile in Form von Arbeitsplätzen und „europäischem Prestige“ zukommen. Agenturen eignen sich denn auch, um die Zustimmung bei heiklen Themen (Vertragsänderungen; Richtlinien und Verordnungen) zu erkaufen. Die pro-EU-Politiker können zudem vor Ort die „Vorteile“ der EU und der EU-Mitgliedschaft preisen. Dies ist wohl der Hauptzweck der Agenturen – dieser Mittel zu einer angeblich „bürgernahen EU“. „Wenn alles in Brüssel zentralisiert ist, dann hat das etwas Ausserirdisches. Und das kann in allen Mitgliedstaaten gegen die Entscheidung aus Brüssel verwendet werden. Deshalb ist es schon eine gute Sache, die Agenturen über die Mitgliedstaaten zu verteilen. Das bringt mehr Verständnis für die EU und hilft auch gegen das Bild des Monsters in Brüssel“ (ehemaliger EU-Verwaltungskommissar Siim Kallas, S. 39).

Bei der Standortwahl werden entsprechend kaum wirtschaftliche Überlegungen angestellt. So wurde die Europäische Agentur für Netz- und Informationssicherheit (ENI-SA) nach Kreta verlegt. Die EU-Beamten müssen nun sehr häufig von Kreta nach Brüssel reisen – 8 Stunden Reisezeit ohne die Wartezeiten und die Verspätungen und zurück nochmals so viel. Parma liegt etwas näher, der nächste internationale Flughafen ist aber 90 Kilometer entfernt. Die Lebensmittelagentur organisiert deshalb für ihre Beamten und Gäste einen Shuttelservice, der 2007 eine Million Euro kostete. Es werden extra Elite-Schulen eingerichtet, um den Beamten den Standortwechsel schmackhaft zu machen. Die Bewerbungskosten an entfernten Standorten trägt ebenfalls der Steuerzahler. 1.8 Millionen Euro Bewerbungskosten wurden allein 2006 durch 16 diesbezüglich überprüfte Agenturen ausgegeben. Die Umzugskosten so wie die Reise der Familie werden ebenfalls grosszügig vergütet. Hinzu kommen Einrichtungshilfen (etwa zwei Monate Zusatzgehalt), die sich 2006 bei 20 geprüften Agenturen auf 15.5 Millionen Euro beliefen. Einmal pro Jahr kann die ganze Familie nach Hause reisen – durch die EU-Steuerzahler finanziert, wobei eine Pauschalvergütung vorgenommen wird, die nicht an eine effektive Reise geknüpft ist.

Die Mitgliedsländer investieren ebenfalls: So wird in Parma durch den italienischen Staat für die Kinder der EU-Beamten eine Schule für neun Millionen Euro gebaut. In der Tat lassen sich die Mitgliedstaaten die Ansiedelung der Agenturen oftmals einiges kosten: Steuererleichterungen für Beamte, Investitionen in Gebäude, Beteiligung an den Unterhalts-



kosten, etc. Entsprechend ist es kaum möglich, wirklich zu berechnen, was die Agenturen letztlich kosten.

Die Agenturen werden von sogenannten Verwaltungsräten beaufsichtigt. Diese sind oft zahlenmässig bedeutend wichtiger als die Agenturen selbst. So wies die EU-Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (EU-OHSA) im Jahr 2009 insgesamt 41 Mitarbeiter auf, gleichzeitig 87 Vollmitglieder im Verwaltungsrat. Die Verwaltungsräte treten physisch zusammen, wodurch sich bedeutende Reisespesen und Entschädigungen ergeben.

Obwohl offiziell mit dem Ziel „Bürgernähe“ dezentralisiert, verursachen die Agenturen zunehmend Kosten für die Sicherheit der Agenturen. Die Kosten für Zutrittskontrollen und den Schutz der Gebäude bei 22 geprüften EU-Agenturen stiegen innerhalb von drei Jahren um 53 Prozent. Es gibt eine Abschottungstendenz in Nobelviertel und es werden an den Eingängen Taschen gescanned, der Zugang erschwert oder gar verweigert. Es fragt sich, wie derart die Agenturen „wie Satelliten wirken sollen, die Signale von der Basis erhalten“ (EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso).

Das EU-Parlament kontrolliert formell die Agenturen. Jährlich entlastet das Parlament eine grosse Anzahl von Agenturen, im Speziellen jeweils die Ausführung des Agentur-Haushaltplanes. Dabei wird in den entsprechenden Berichten Kritik aus den eigenen Reihen zensuriert. Da wird in einem Vorbericht festgehalten, „dass die Dezentralisierung und Aufgabenauslagerung eines der wesentlichsten Ergebnisse des Reformprozesses der Kommission ab 1999 war, es aber bis heute von Seiten der Kommission weder eine Studie, noch einen Rechenschaftsbericht oder eine Zwischenbilanz über diese Form der Verwaltungsführung gibt“. Die Stelle wird aus dem Bericht gestrichen. Im „Arbeitsdokument über das Treffen mit den dezentralen Agenturen zu Haushaltsentwürfe für 2008“ wurde die Feststellung, dass „eine deutliche Tendenz erkennbar ist, dass die Agenturen ihren Bedarf an Gemeinschaftszuschüssen unverhältnismässig alle sechs Monate nach oben korrigieren“ von den sozialdemokratischen Fraktionsmitgliedern weggestrichen. Oder der Ausschusskoordinator Paulo Casace von der sozialdemokratischen Faktion verneinte wenig später seine Kritik „Ich verstehe eigentlich überhaupt nicht, warum wir Privilegien benötigen“ und warum sollten die Agenturmitarbeiter „nicht Steuern für ihr neues Auto zahlen“? (S. 66, ff).

Die EU-Abgeordneten müssen sämtliche Budgetzahlen schriftlich bei den Agenturen anfordern. Es gibt kein zentrales Datenprogramm, in das die Agenturen ihre Zahlen eingeben. Herbert Bösch, ehemaliger EU-SPÖ-Abgeordneter meint „Da bildet sich eine Kultur von Verantwortungslosigkeit heran. Das ist nicht gut. Es ist eigentlich niemand richtig zuständig. Die Mitgliedstaaten, die vertreten sind, aber das Geld kommt eh von woanders her. Und die, die in Brüssel zuständig sind, nämlich die Kommission, da sitzt ein Vertreter drin und der sagt: ich habe eh nichts zu melden. Das Parlament mit seinen paar Berichterstatter kann seiner zugeordneten Rolle als Kontrollorgan bei Agenturen, die jeden Monat mehr werden und über ganz Europa verstreut sind, einfach auch physisch nicht nachkommen“ (S. 72).

Die EU-Kommission forderte die Mitgliedstaaten in ihrer Mitteilung vom März 2008 denn auch auf, sich auf klare Standards zu einigen, wie die Agenturen überprüft und deren Direktoren in Zukunft entlastet werden sollen. Die Kommission benennt in dieser Mitteilung erstmals klar Mängel des Systems: „mangelhafte Legitimität, unzureichende Transparenz und fehlende Einbindung in geordnete Strukturen politischer Verantwortlichkeit und Kontrolle“. Allerdings ist die Kommission an diesen Missständen keineswegs unbeteiligt und sie versucht im Bericht die Verantwortung dafür an andere Institutionen abzuschieben. Es ist aber die EU-Kommission, die dafür verantwortlich ist, dass etliche Agenturen mehr als nur einer EU-Generaldirektionen der EU-Kommission angeschlossen sind. Als Paradebeispiel dafür dient die Europäische Arzneimittelagentur in London: Diese ist gleich mit sechs verschiedenen Generaldirektionen der EU-Kommission verbunden.

*Martin Ehrenhauser (2010), Die heimliche zweite EU-Bürokratie, [www.ehrenhauser.at](http://www.ehrenhauser.at).*



## Demokratie und Lobbying in der Europäischen Union

Karolina Karr behandelt im Rahmen einer Doktorarbeit die Thematik des Einflusses der Lobbys in der EU im Lichte gewisser Lobby- und EU-Demokratietheorien. Im Sprachlichen kommt ein gewisser Spagat, den Sie inhaltlich hin legt, recht deutlich zum Ausdruck. Sie spricht vom „sogenannten Demokratie-Defizit der EU“, um dieses dann doch ziemlich ausführlich und überzeugend darzulegen. Sie spricht jeweils von der EU-Demokratie, obwohl der Ausdruck „politische Organisation der EU“ wohl angebrachter wäre. Das Lobbying versucht sie nicht nur in ihren negativen Aspekten zu sehen, sondern auch die in der Literatur manchmal hervorgehobenen Vorteile darzulegen. Bei genauer Lektüre bleiben dann aber eher die negativen Effekte hängen, was teilweise der speziellen Wirkung des Lobbying im Rahmen der EU zuzuschreiben ist. Dort findet Lobbying in weitgehend informellen Beziehungsnetzen statt, die demokratisch kaum kontrolliert sind.

Gemäss Autoren, welche die positive Rolle des Lobbying betonen, liefert dieses (1) den Regierenden Informationen über die divergierenden Interessen in der Bevölkerung. Dadurch wird es möglich die verschiedenen Interessen in einer Bevölkerung auszugleichen – zum Vorteil aller. (2) Lobbys stellen Expertenwissen zur Verfügung. (3) Sie stellen die Beteiligung der Bevölkerung an der Regierung sicher (partizipative Demokratie). Die Kritik an diesen Postulaten ergibt sich unmittelbar. Nicht alle haben dieselben Möglichkeiten und Mittel, um Lobbying zu betreiben. Dadurch werden die angeblichen Möglichkeiten des Lobbying, die divergierenden Interessen der Bevölkerungen auszugleichen, nicht erfüllt werden. In der EU werden diese Ungleichgewichte



verstärkt durch das Funktionieren der EU selber. Um dieses zu beschreiben, verwendet sie den Ausdruck der Verhandlungsdemokratie (consociational democracy), die im Zusammenhang mit der EU gekennzeichnet ist durch die Wichtigkeit informeller Verhandlungen, durch beschränkte Teilnahme der Bürgerinnen und Bürger, durch beschränkte Verantwortlichkeit der politischen Entscheidungsträger den Bevölkerungen gegenüber sowie einer Schwächung des staatsbürgerlichen Bewusstseins und der Solidarität zwischen „Fremden“.

Karoline Karr (2007), *Democracy and Lobbying in the European Union*, Frankfurt: Campus.



### Integration und Menschenrechte

Aus der Fülle der Artikel des neuesten *Widerspruchs* sei hier kurz der Beitrag von Josef Lang besprochen, der „Strategien gegen die Nationalkonservativen“ bespricht. Er ist symptomatisch für eine spezifische Analyse des Umstandes, dass „Unterschichten“ in Abstimmungen wie dem Minarettverbot oder der Ausschaffungsiniziative vorwiegend rechtskonservativ abstimmen, während die mobilen, ausgebildeten Mittelschichten diese Vorlagen mehrheitlich ablehnten. Die Symptomatik besteht darin, dass die zentrale Rolle der Einstellungen der Parteien zur EU-Beitrittsfrage und damit zur direkten Demokratie sowie der Frage Erreichbarkeit und Verantwortlichkeit politischer Entscheidungsträger dabei nur am Rande erwähnt wird. Zudem wird es unterlassen, eine Analyse der ökonomischen Interessen jener Schichten zu zeichnen, welche oberflächlich gesehen politisch „liberal“ sind, im selben Zuge aber für das wirtschaftsliberale, antisoziale und antidemokratische EU-Projekt eintreten.

In der Tat wurden die „Unterschichten“ (Lang braucht den Ausdruck ohne Anführung) in die „nationalistische Falle“, die Lang diagnostiziert, vor allem durch die Politik der Sozialdemokratie getrieben. Die sozialdemokratische Politik der 90er und 00er Jahre ist dabei nicht als „Verrat“ an den traditionellen sozialdemokratischen Ideen zu sehen (die über die Jahrzehnte hinweg sehr unterschiedlich waren), sondern als eine Übernahme dieser Partei durch die mobilen Mittelschichten. Dies der eigentliche Effekt des „Ganges der 68er durch die Institutionen“. Dadurch rückte das ganze politische Spektrum nach rechts, wobei die heutige Sozialdemokratie eigentlich als eine staatsbürokratie-nahe Mitte-Rechtspartei zu betrachten ist. Links von der Mitte gibt es gar keine politische Alternative mehr und sozial sowie demokratisch eingestellte Bürgerinnen und Bürger sind politisch zur Stimmlosigkeit verdammt. Eine Analyse, welche diese Zusammenhänge übersieht, verstärkt die Vertreibung in die „nationalistische Falle“. Eine Linke, die nicht mit Händen und Füßen die Demokratie, politische Strukturen in Reichweite der Bürgerinnen und Bürger verfehlt, verdient diesen Namen nicht und gehört zur Rechten.

Nun gehört Lang eher zu jenem Teil der „Linken“, der diese Zusammenhänge noch am ehesten sieht. Er tönt sie in seinem Artikel auch an – aber auf typisch „linke“, verhaltene Art: „Man konterte die nationalistische Identitätspolitik der SVP mit einer europäischen und westlichen Identitätspolitik, welche die EU für überlegen, die Nato für unterstützenswert sowie die Neutralität und den Pazifismus für überholt hielt. Einige gingen sogar auf Distanz zu einer diese Politik hemmenden direkten Demokratie, was die SVP weidlich ausnützte“ (S. 147). Dabei wird übersehen, dass die „nationalistische Identitätspolitik“ erst durch das Vorpreschen der Sozialdemokratie in der EU-Frage Ende der 80er Jahre ermöglicht wurde! Ziemlich unklar auch die Stelle, wo Lang die Linke auffordert „aktiv an der Weiterentwicklung der Institutionen, insbesondere der direkten Demokratie, zu partizipieren. In Zusammenarbeit mit den wenigen politischen Liberalen, die es noch gibt, soll das historische Ungleichgewicht zwischen dem starken demokratischen Bein der Volkssouveränität und dem schwachem liberalen Bein der Grundrechte korrigiert werden“ (S. 149). Soll dieses Ungleichgewicht politisch korrigiert werden? Oder soll es dadurch „korrigiert“ werden, dass die Volkssouveränität durch Richterrechte beschränkt wird? Die „Linke“ leidet seit jeher an einem unglücklichen Elitismus, der immer wieder die Demokratie gefährdet, wie ein Blick in die Geschichte lehrt. Die Demokratie überlebt nur, wenn sie auch angesichts unglücklicher Mehrheits-Entscheidungen verteidigt wird.

*Widerspruch* (2010), *Integration und Menschenrechte*, 59, 2. Halbjahr 2010 ([www.widerspruch.ch](http://www.widerspruch.ch))

## WIDERSPRUCH

Beiträge zu  
sozialistischer Politik

59

### Integration und Menschenrechte

Migration, Islam, Leitkultur; Integrationsdiskurse, Citoyenneté, Interkultur, Härtefallpraxis, Grundrechte; Einbürgerung, Second@ts, Gewerkschaften; Sarrazin-Debatte, Sozialstaat und Desintegration; Kopftuch- und Burkaverbot, Neo-Rassismus

U. K. Preuß, G. D'Amato, S. Prodolliet, A. Sancar, C. Dubacher, E. Mey, H. Gashi, E. Piñeiro, K. Scherschel, C. Butterwegge, E. Joris/K. Rieder, T. Schaffroth, F. O. Wolf, M. Bojadzizjev et al.

#### Diskussion

H. Busch: Ausschaffungsiniziative und Folgen  
J. Lang: Strategien gegen die Nationalkonservativen  
A. Rieger: Macht der Finanzwirtschaft  
H. Schatz: Bedingungsloses Grundeinkommen  
M. Wendl: Traditionsozialismus und Streitkultur  
H. Schächli: Venezuela und Desinformationspolitik

224 Seiten, Fr. 25.– (Abonnement Fr. 40.–)

zu beziehen im Buchhandel oder bei

WIDERSPRUCH, Postfach, 8031 Zürich

Tel./Fax 044 273 03 02

[vertrieb@widerspruch.ch](mailto:vertrieb@widerspruch.ch)

[www.widerspruch.ch](http://www.widerspruch.ch)



## Kurzinfos Umwelt

### Nanopartikel in Lebensmitteln weiterhin ohne Kennzeichnung

Die Verhandlungen für eine Neufassung der europäischen Verordnung für neuartige Lebensmittel (Novel Food) sind Ende März 2011 gescheitert. Deshalb gibt es bis auf Weiteres keine EU-einheitlichen Regeln für die Verwendung von Nanopartikeln in Lebensmitteln und keine Kennzeichnungspflicht. EU-Parlament, Ministerrat und Kommission konnten sich nach rund drei Jahren Diskussion nicht auf eine Lösung einigen, deshalb gilt die aus dem Jahr 1997 stammende Verordnung weiter. „Das heisst, dass die Anwendung von riskanten Technologien in Lebensmitteln noch auf Jahre unzureichend reguliert bleiben wird“, kritisierte der *Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland* (BUND). VerbraucherInnen können sich demnach nicht darauf verlassen, dass sie durch eine entsprechende Aufschrift informiert werden, ob ihr Produkt Nanopartikel enthält oder nicht. Zudem können neue Produkte auf den Markt gebracht werden, ohne ein Zulassungsverfahren zu durchlaufen.

Nanomaterialien werden in Lebensmitteln bereits als Rieselhilfen etwa in Salz oder Brühe oder zur Verkapselung von Konservierungsmitteln, Farb- und Nährstoffen verwendet. Mögliche Risiken bei Aufnahme über den Magen-Darm-Trakt sind bisher kaum erforscht. BUND, Nanoexperte Jurek Vengels, [www.bund.net/nano](http://www.bund.net/nano), umwelt aktuell, Mai 2011, S. 11.

### Klonfleisch nicht deklariert

In EU-Supermärkten dürfen Fleisch und Milch von Nachfahren geklonter Tiere auch künftig ohne Kennzeichnung verkauft werden. Die EU-Verhandlungen über eine Kennzeichnungsregelung sind vorerst gescheitert. Das EU-Parlament konnte sich Ende März 2011 nicht mit seiner Forderung nach einem Verbot und strikten Vorgaben für die Vermarktung von Klonfleisch durchsetzen. Die Mitgliedstaaten und die EU-Kommission waren dagegen. Zwar werden in der EU geklonte Tiere derzeit nicht zu Lebensmitteln verarbeitet, aber Produkte von Klontiernachfahren könnten sich im Handel befinden. VerbraucherInnen können nicht erkennen, ob die Wurst oder der Käse, die sie kaufen wollen, von einem Klontier stammt.

Das Parlament und der Ministerrat machten sich gegenseitig für das Scheitern der Gespräche verantwortlich. Zahlreiche Europaabgeordnete kritisierten, dass keine Einigung zustande kam. „Offenbar wollen die Mitgliedstaaten, dass die Verbraucher Klonfleisch essen, ohne dies zu erfahren“, sagte der gesundheitspolitische Sprecher der EVP-Fraktion, Peter Liese (CDU). Das deutsche Bundeswirtschaftsministerium habe einen Kompromiss blockiert. Die SPD-Gesundheitsexpertin Dagmar Roth-Behrendt nannte Klone „überflüssig und ethisch nicht vertretbar“. Martin Hausling, der agrarpolitische Sprecher der Fraktion Grüne/EFA, warf den Mitgliedstaaten vor, nicht die Interessen der eigenen Bürgerinnen und Bürger zu vertreten, die sich gegen das

Klone von Tieren aussprachen und Lebensmittel von Klontieren und deren Nachkommen ablehnten.

Die Klonfleischkennzeichnung war Teil einer umfassenden Richtlinie für neuartige Lebensmittel, zu denen auch Nahrungsmittel zählen, die seit Mitte der 90er-Jahre neu auf den Markt gekommen sind. Nun gilt die alte Novel-Food-Verordnung von 1997 weiter. Wann die Kommission einen neuen Gesetzentwurf vorlegt, ist unklar. EU-Kommission zu neuartigen Lebensmitteln: [www.kurzlink.de/novelfood-eu-com](http://www.kurzlink.de/novelfood-eu-com), umwelt aktuell Mai 2011, S. 18.

### Baubeginn am Brenner-Basistunnel

Am Brenner-Basistunnel (BBT) ist im April 2011 der Startschuss zu den Hauptarbeiten gegeben worden. Helle Freude kommt darob nicht auf. Zu gross sind die Unwägbarkeiten, zu unsicher die Finanzierung und ungewiss die Wirkung des Milliarden-Bauwerks. Der eigentliche Tunnelbau soll gemäss gegenwärtigem Kostenstand 8 Milliarden Euro kosten. Teuerungsbereinigt wären dies im Jahr 2025 9,7 Milliarden; andere Schätzungen gehen davon aus, dass es am Schluss auch 15 Milliarden Euro sein könnten. Die Finanzierung steht auf tönernen Füßen und ist noch nicht durchgehend gesichert. Aus der EU-Kasse kommen bis im Jahr 2014 insgesamt 768 Millionen Euro, was rekordverdächtig ist für ein einzelnes Projekt. Die EU hat sich an Planungs- und Vorbereitungsarbeiten zu 50 Prozent beteiligt, für den Bau übernimmt sie noch 27 Prozent. Die Zahlungen nach 2014 müssen allerdings wieder neu verhandelt werden. Optimisten hoffen auf letztlich 2 Milliarden Euro von der EU. Die restlichen Kosten teilen sich Italien und Österreich zu je 50 Prozent auf.

Die Tiroler Opposition weist nicht nur auf die hohen Kosten hin, sie kritisiert auch, dass schnellere und leistungsstärkere Zufahrtswege sowohl im Norden wie im Süden nicht gesichert sind. Zwar wird der BBT immer wieder als Teil der europaweiten Verbindung Berlin-Palermo gepriesen, viel mehr als Lippenbekenntnisse zu den Zufahrtstrecken gab es aber bis jetzt noch nicht. Hier gibt es Parallelen zum Gotthardbasistunnel, der auch darauf angewiesen ist, dass der Verkehr auf beiden Seiten der Tunnelportal effizient abgewickelt wird.

Ein örtlicher Politiker sprach in Bezug auf den BBT unlängst von einer «Kathedrale in der Wüste». Dabei ist nicht einmal sicher, dass dieses Bauwerk dereinst auch genutzt wird. Denn um den Markt nicht zu behindern, fehlen innerhalb der EU derzeit die Hebel, um den Güterverkehr auf die Schienen zu zwingen. Hier hat man in der Schweiz mit der Schwerverkehrsabgabe einen ungleich längeren Hebel. Die Tiroler erhöhten die Maut zwar auch schon, um lenkend einzugreifen, sie wurden von der EU aber zurückgepfiffen. Ohne ein solches Instrument sind die Gütertransporte auf Schienen gegenüber der Strasse nicht konkurrenzfähig. Es kann also durchaus sein, dass es zwischen Italien und Österreich dereinst einen Hochleistungs-Eisenbahntunnel gibt, der nicht mehr als ein «schwarzes Loch» ist. NZZ, 21. April 2011, S. 7.





Un comité d'experts d'horizons divers analyse globalement le traité EEE

## L'expérience norvégienne au sein de l'Espace Economique Européen (EEE)

**Quelles seront les futures relations de la Norvège avec l'Union Européenne - et que deviendra le traité EEE (Espace Economique Européen)? Une adhésion de la Norvège à l'Union Européenne s'avère moins probable que jamais. Profitons de la situation pour débattre la question d'une collaboration plus démocratique en Europe – et ceci avec d'autres pays européens qui ne sont pas membres de l'UE, comme la Suisse.**

de Sigbjørn Gjelsvik\*

### Une analyse du traité EEE

Le gouvernement norvégien a nommé, le 7 janvier 2010, un comité d'experts d'horizons très divers afin d'analyser globalement le traité EEE, ses conséquences sur les plans politique, juridique, administratif, social et régional. L'instauration d'un tel comité avait été annoncée dès octobre 2009 dans la nouvelle déclaration gouvernementale de la Norvège.

Ce comité appelé "Europautredningen" et présidé par le juriste et professeur Fredrik Sejersted doit livrer ses conclusions avant fin 2011. On s'attend à ce que la publication de ce rapport donne lieu à un vaste débat sur les relations entre la Norvège et l'Union Européenne. Le mandat confié au comité pose cependant problème : il n'est en effet pas prévu que celui-ci propose d'éventuelles alternatives au traité de l'EEE. C'est pourquoi certaines organisations norvégiennes ont entrepris d'envisager elles-mêmes de telles alternatives en examinant de leur côté le traité de l'EEE. Ce projet appelé "Alternatives au traité de l'EEE" comprend l'examen des débats au sujet de l'UE et de l'EEE ayant lieu dans d'autres pays. On se propose d'inviter des experts et des chercheurs internationaux pour des séminaires et des conférences en Norvège. Les discussions se déroulant actuellement en Suisse sur les relations avec l'UE seront probablement suivies avec beaucoup d'intérêt en Norvège et vont nourrir le débat norvégien.

### Retour aux années 90

Pour comprendre les enjeux de la discussion en Norvège, il convient de rappeler brièvement l'histoire de ce traité. Le parlement norvégien décida en octobre 1992 avec une grande majorité, 130 voix contre 35, de ratifier le traité de l'EEE. Puisque ce traité comporte un transfert de souveraineté du parlement norvégien vers les instances de l'UE/EEE, le projet devait être accepté avec 3/4 des voix parlementaires, soit 128.

A l'époque les stratégies des différents partis représentés au parlement par rapport au traité de l'EEE et les relations avec l'UE étaient assez différentes. Le parti chrétien-démocrate et les opposants à l'UE du parti socialiste considéraient que l'EEE

constituait une alternative viable à l'adhésion à l'UE. Par contre la majorité du parti socialiste et ses dirigeants ne voyaient dans ce traité qu'un premier pas vers l'adhésion à l'UE. Les centristes et les socialistes de gauche, de leur côté, proposaient la reconduction du traité de libre-échange de 1974, en refusant aussi bien l'EEE et l'UE.

Aujourd'hui, après 17 ans de participation à l'EEE, la situation politique en Norvège est restée sensiblement la même, alors que les conséquences de l'adhésion à l'EEE se sont révélées beaucoup plus importantes et lourdes que ce que le gouvernement norvégien avait annoncé au départ. Les règles imposées par l'EEE se ressentent en effet dans des domaines aussi variés que la politique régionale, la politique environnementale, la politique industrielle et les libertés des individus.

### L'EEE ne constitue ni la meilleure ni la pire des solutions

L'EEE permet l'intégration de la Norvège dans le marché de l'UE et s'appuie sur les principes du marché qui prévalent dans l'UE: la libre circulation des biens, des services, des investissements et des personnes. La législation de l'UE s'applique dans tous les domaines réglés par le traité EEE y compris le droit de compétition et de l'attribution des marchés publics.

D'un point de vue formel on ne peut introduire une nouvelle disposition dans le traité de l'EEE que lorsque l'UE et tous les trois pays de l'AELE (Association Européenne de Libre Echange) faisant partie de l'EEE mais pas de l'UE l'ont acceptée. Ceci signifie en principe que la Norvège - selon les clauses d'exception prévues dans le traité - peut demander qu'une dérogation lui soit appliquée lorsqu'elle n'accepte pas une



\*animateur du groupe de discussion "Alternatives au Traité de l'EEE", créé par le mouvement norvégien "Nei Til EU".



nouvelle disposition du traité. Ce qui veut dire que les décisions du Comité de l'EEE où siègent des représentants de l'UE, de la Norvège, de l'Islande et du Liechtenstein ne sont pas applicables aux citoyens norvégiens aussi longtemps que le parlement norvégien ne les a pas intégrées dans la législation norvégienne. La Norvège n'est donc pas obligée de reprendre à son compte toutes les nouvelles réglementations qui sont introduites dans l'UE.

Une instance de surveillance créée au sein de l'AELE et appelée l'ESA est censée surveiller l'introduction et l'application de la législation de l'EEE dans les trois pays de l'EEE, la Norvège, l'Islande et le Liechtenstein. L'ESA peut - sur sa propre initiative ou sur la base d'une plainte - demander à l'un des trois pays que sa législation soit adaptée à celle en vigueur dans l'EEE et l'UE. Dans le cas où ce pays ne serait pas d'accord avec cette demande, il incombe à la Cour de l'AELE de trancher. Cet aspect du traité de l'EEE pose problème et a été fortement critiqué. Voici pour les règles formelles - nous allons plus loin nous pencher sur les pratiques adoptées au sein de l'EEE.

D'un autre côté il faut admettre que les dispositions légales de l'EEE ont un champ d'application beaucoup plus restreint que celles qui sont en vigueur dans l'UE. Seules 20% des directives de l'UE sont appliquées en Norvège. La politique agricole commune, la politique de la pêche, l'union monétaire et la politique étrangère commune sont exclues de l'EEE.

### Notre vie en dehors de l'UE

On constate que la situation économique actuelle de la Norvège est bonne bien qu'elle ne fasse pas partie de l'UE. La Norvège a mieux résisté à la crise financière que la plupart des pays européens. On ne peut bien entendu pas prouver que cette bonne performance soit directement liée au refus de la Norvège, en 1993, de rejoindre l'UE. Mais il est évident que les craintes exprimées à l'époque (souvent exprimées presque comme des menaces par les partisans d'une adhésion à l'UE) concernant l'avenir de l'économie norvégienne ne se sont absolument pas vérifiées. En particulier la perte massive d'emplois prédite à l'époque n'a pas eu lieu.

Certains, comme les démocrates chrétiens ou les opposants à l'UE parmi les sociaux-démocrates, utilisent ces constatations comme argument pour dire que l'EEE constitue la meilleure solution pour la Norvège et donc qu'il faut reconduire ce traité. Le bureau norvégien officiel des statistiques a cependant conclu dans une étude publiée il y a quelques années que le revenu cumulé généré par l'EEE et l'OMC (Organisation

Mondiale pour le Commerce) en Norvège ne dépassait pas 1% du PIB.

On pourrait citer à vrai dire quelques secteurs, comme l'exportation de poissons où, grâce au traité de l'EEE, la croissance a été plus forte qu'elle ne l'aurait été en dehors de l'EEE. Mais il faut aussi voir que les trois milliards d'euros que la Norvège paie chaque année à l'UE ainsi que toutes les lois que la Norvège est obligée de reprendre à son compte pèsent lourdement dans la vie du pays. A part l'aspect purement économique, il faut insister sur le fait que la démocratie norvégienne paie un lourd tribut au principe d'adhésion à l'EEE. Il apparaît aussi que l'ESA bruxelloise s'immisce beaucoup plus que nécessaire dans les affaires norvégiennes. Les politiques locale, régionale et nationale de la démocratie norvégienne sont ainsi fortement entravées.

On observe aussi une dissymétrie dans l'application du traité de l'EEE. Ce traité évolue constamment à la suite des décisions législatives prises unilatéralement dans l'UE. Par contre, les décisions prises en Norvège ou dans les autres pays de l'AELE n'ont aucune influence sur la législation de l'UE. De plus la Cour de l'AELE a tendance à ne pas vraiment prendre au sérieux les positions et arguments des partenaires de l'AELE.

On entend souvent l'argument que le traité de l'EEE constitue un bon compromis sur le plan national norvégien. Mais comme nous l'avons déjà dit, pour les partisans d'une adhésion à l'UE le traité de l'EEE ne fut jamais un compromis mais plutôt une première étape vers une adhésion rapide à l'UE. A cause de cette attitude de nombreux problèmes d'application du traité sont apparus : en effet les clauses d'exception prévues par le traité n'ont jamais été appliquées alors que le premier ministre de 1992, Mme Gro Harlem Brundtland, avait insisté sur le fait que ces clauses d'exception constituaient pour elle une partie importante du traité. Par la suite cependant la majorité du Parlement Norvégien a souvent laissé passer les occasions où il était possible de défendre les intérêts norvégiens de façon efficace, dans des situations où l'ESA ou la Cour de l'AELE tentaient d'étendre le champ d'application du traité.

### Une coopération internationale est indispensable

Quelle pourrait être une alternative à l'EEE? La Suisse, avec d'autres pays, a montré qu'il est possible de coopérer avec l'UE sur le plan économique sans adhérer à l'EEE. La Norvège aurait pu faire de même tant elle a une tradition de coopération internationale que ce soit dans le cadre de l'Europe ou sur le plan mondial.

Une coopération internationale est nécessaire mais elle devrait être limitée aux domaines où elle est inévitable. Un exemple : la politique internationale de paix qui incombe aux Nations Unies. L'Europe a aussi besoin d'un cadre de coopération pour les problèmes environnementaux qui dépassent les frontières de chaque pays - on peut citer en exemple des accords du type de celui de Kyoto. Il faut d'autre part coopérer pour tenter de réduire les énormes inégalités de niveau de vie persistant en Europe et dans le monde.







L'Allemagne est à nouveau aux commandes

## La nouvelle Europe allemande

En Irlande s'entendent de violentes protestations contre la mise en place de "l'aide financière" imposée par l'Allemagne. Selon un quotidien irlandais, le "soutien" accordé par l'UE signifie en réalité une mise sous tutelle de l'Irlande. La souveraineté irlandaise sur sa gestion intérieure serait ainsi suspendue par des mesures profitant avant tout aux banques allemandes. En même temps une cure d'austérité sans précédent est imposée aux couches modestes de la société. Le même quotidien met en garde contre le fait que ces mesures ne seront pas acceptées par la société irlandaise. Les cercles dirigeants de l'UE, de leur côté, se préoccupent des exigences allemandes concernant la gestion de crises financières futures qui pourraient affecter l'un ou l'autre des membres de l'UE. Selon eux, ce sont ces demandes qui seraient à l'origine de la crise irlandaise. D'après le directeur d'un "think tank" influent de Bruxelles, on peut entendre à Bruxelles même des remarques sur le gouvernement de Berlin "qu'il vaudrait mieux ne pas imprimer". Même les médias allemands admettent crûment que ce sont des banques allemandes, et non pas l'Irlande, qui sont les vrais gagnantes dans l'affaire des "aides financières" de l'UE. On parle de « parachute » pour les banques allemandes.

dans <http://www.german-foreign-policy.com/>

### Pessimisme exagéré

Les protestations irlandaises concernent la manière dont les "aides" financières que l'UE met à disposition du gouvernement irlandais sont mises en place – sous pression de Berlin. Le gouvernement de Dublin avait longtemps déclaré que l'Irlande pourrait se passer d'une aide communautaire. Longtemps aussi les experts financiers ont pensé qu'une telle aide ne serait pas nécessaire. Les banques d'investissement

Goldman Sachs et Barclays Capital étaient ainsi de l'avis que les besoins en capitaux des banques irlandaises étaient largement surestimés. Selon Goldman Sachs "nos calculs montrent que les hypothèses du gouvernement irlandais sont extrêmement pessimistes et surestiment de loin les besoins potentiels des pertes bancaires à prévoir" [1]. Malgré ces doutes, Berlin et Bruxelles ont imposé les "aides financières" à l'Irlande, tout en prenant – de fait – le contrôle de la gestion de l'Irlande. Le soutien financier à l'Irlande est conditionné par un plan de restrictions budgétaires sur quatre ans qui doit

### suite de la page 14

→ Comment limiter les instances supranationales au strict minimum? Toute centralisation de pouvoir provoque des résistances – parfois pour de bonnes et parfois pour de mauvaises raisons. Il faut prendre au sérieux le principe de subsidiarité et centraliser seulement les décisions qui dépassent vraiment le cadre national. Il est vrai d'un autre côté que les problèmes sociaux et écologiques ne peuvent trouver de véritables solutions sans processus démocratique. Rappelons à ce sujet les fondements de la démocratie : la population doit être informée et elle doit comprendre les enjeux. On doit pouvoir la mobiliser pour de bonnes solutions. Ceci n'est possible que si les institutions compétentes sont proches des populations pour lesquelles elles agissent.

L'Union tend à renforcer la centralisation sans que les citoyennes et les citoyens puissent exercer un vrai contrôle et sans qu'un vrai débat au niveau de l'Union puisse avoir lieu : voilà un de ses problèmes fondamentaux. Il est cependant difficile d'organiser de tels débats pour des raisons évidentes: les structures politiques sont différentes dans les divers pays, leur langues sont différentes et les structures de leurs médias ne sont pas les mêmes.

En ce qui concerne l'EEE on peut dire que les difficultés dans ses relations avec la Norvège sont au moins en partie dues à la politique très stricte de libre-échange poursuivie par l'ESA. A notre avis, les instances nationales et locales devraient réagir de façon plus combative aux décisions de l'ESA et elles

devraient si nécessaire faire appel à la Cour de l'AELE.

Concluons en soulignant qu'on pourrait trouver de nouvelles formes de coopération entre la Norvège et l'UE mieux adaptées que l'EEE. Il n'est pas possible de donner ici une description détaillée des alternatives possibles qu'il faudrait tenter de négocier avec l'UE. Mais on peut fournir quelques pistes qui, à terme, pourraient contribuer à réduire le déficit démocratique important existant et à renforcer la souveraineté de chaque pays.

On peut envisager :

- une renégociation du traité de l'EEE en tentant de réduire ses désavantages.
- une résiliation pure et simple du traité de l'EEE, suivie par une refonte des relations économiques basée sur l'accord de libre-échange de 1973.
- la négociation d'un nouveau traité de libre-échange révisé et étendu, comportant des clauses spéciales concernant des domaines d'intérêt commun comme l'éducation ou la recherche. De tels accords de coopération devraient être possibles sans instances spécifiques de surveillance.

Dans les trois cas, les accords de l'OMC de 1995 pourraient fournir une base pour les relations économiques bilatérales. Des alternatives à l'EEE et à l'adhésion à l'UE existent donc bien ; il faut simplement être capable de les voir et ne pas se laisser enfermer dans l'argumentaire immuable des partisans de l'UE. ■



permettre d'économiser 15 milliards d'euros - aux dépens de la population irlandaise.

### Une parodie de démocratie

Le fait que la gestion intérieure de l'Irlande soit désormais contrôlée par l'UE provoque des commentaires acerbes dans ce pays qui s'est libéré de la tutelle britannique en 1922 seulement. Le quotidien "Irish Times", très lu en Irlande, remarque que "ayant obtenu l'indépendance politique de l'Angleterre depuis peu seulement, nous avons maintenant transféré notre souveraineté à la Commission Européenne, la Banque Centrale Européenne et le Fonds Monétaire International". L'Irlande a vu arriver des représentants de ces institutions pour inspecter la gestion des finances de l'Etat irlandais [2].

Le même quotidien commente la politique d'austérité imposée par Bruxelles en disant que les couches modestes de la population vont maintenant perdre des services publics déjà insuffisants mais qui leur assurent un minimum d'espoir et de dignité. En même temps - toujours selon l' "Irish Times" - les 100 milliards d'euros que l'Irlande doit aux banques allemandes et les 109 milliards d'euros qu'elle doit aux banques anglaises seront sauvés - pour les banques qui les ont prêtés [3]. Les élections avancées décidées par le gouvernement provoquent également des commentaires acides : "Organiser des élections après avoir conclu un traité engageant l'Irlande fermement pour les quatre années à venir, c'est comme si pendant la grossesse on discute du type de préservatif qu'on devrait acheter. C'est la parodie d'un choix démocratique". On peut prévoir des manifestations dans les rues de Dublin.

### Les profiteurs allemands

La population irlandaise est très remontée contre l'Allemagne - pour deux raisons. D'une part les plus grands créanciers de l'Etat irlandais et de l'industrie irlandaise sont des banques allemandes. Ainsi la Hypo Real Estate de Munich a investi pas moins de 10 milliards d'euros en Irlande. Selon une statistique de la Banque Fédérale Allemande du mois d'août 2010, les créances allemandes en Irlande s'élèvent à 115 milliards d'euros environ. Un banquier allemand de haut rang basé à Francfort concède que "nous profitons du fait que les Irlandais sont obligés de demander de l'argent frais à Bruxelles". Les médias titrent "Parachute de sauvetage - pour les banques allemandes". Ainsi se répète un scénario qu'on a déjà pu voir dans le cas de la Grèce : déjà le sauvetage de la Grèce a surtout profité aux banques allemandes. Ce sont les banques allemandes, en fait, qui ont de loin le plus investi dans les quatre pays les plus durement touchés par la crise financière - la Grèce, l'Irlande, le Portugal et l'Espagne.

### "Sentiments antiallemands"

A Dublin et ailleurs grandit une certaine irritation face à la nouvelle hégémonie allemande. Le fait que le gouvernement fédéral allemand ait insisté sur la participation d'investisseurs privés à l'aide financière aux états en difficulté, certains experts estiment que cela aurait exacerbé les difficultés des pays en crise. L'attitude de Berlin aurait ainsi semé la panique parmi

les investisseurs et fait monter la pression sur ces pays. D'autres observateurs pensent que la solution envisagée par Berlin favorisera en fin de compte les Etats qui sont déjà dans la meilleure position - comme l'Allemagne. On entend à Bruxelles que, de ce fait, règne une atmosphère antiallemande au sein même de la Commission Européenne. Il paraît que la même tendance se fait sentir dans le Conseil des ministres des finances européens et dans le Parlement européen [5]. Ainsi, en critiquant le comportement hégémonique de l'Allemagne, le ministre polonais pour les Affaires européennes a déclaré que "tous les pays doivent pouvoir contribuer à ce débat et non seulement l'Allemagne". Le directeur du "Centre for European Policy Studies" à Bruxelles commente ces critiques de l'Allemagne par le milieu politique européen de la façon suivante : "ces gens-là ne savent pas résister" [6].

### Aux commandes

La presse britannique libérale estime que "à travers toute l'Europe on peut entendre des plaintes sur la nouvelle Europe allemande en train de s'installer". Les seuls approuvant cette évolution sont les Scandinaves, les Néerlandais et les Autrichiens. "Les Français ont capitulé alors que les Britanniques se contentent d'un rôle de spectateurs, de moins en moins engagés et presque oubliés [7]. La chancelière allemande est en train de placer son conseiller le plus important pour les affaires européennes au poste de secrétaire général du Conseil européen. Elle aurait bien voulu installer aussi le président de la Bundesbank allemande, Axel Weber, sur le siège de la Banque Centrale Européenne. La France est le seul pays qui pourrait arrêter l'Allemagne dans sa démarche mais elle ne le fera pas.

Le directeur du "Think tank" *Centre for European Reform* (CER) à Londres s'exprime ainsi: "Les Français craignent l'euro-scepticisme allemand, leurs succès sur le plan économique et le fait que les Allemands pourraient passer des accords avec la Chine et la Russie sans passer par l'Union Européenne ; pour cette raison ils vont finir par s'allier à l'Allemagne". Le directeur du CER conclut : "Les Allemands sont à nouveau aux commandes" [8]. ■

- 1 Zweifel an hohem Kapitalbedarf irischer Banken; Frankfurter Allgemeine Zeitung 20.11.2010
- 2 Was it for this? The Irish Times 18.11.2010
- 3 The people must act or we will remain irrelevant. The Irish Times 23.11.2010
- 4 Rettungsschirm - für deutsche Banken; www.heute.de 22.11.2010
- 5 Irland pokert um seine Souveränität; www.handelsblatt.com 19.11.2010
- 6 Anger at Germany boils over; www.ft.com 16.11.2010
- 7 Germany aims to take Europe's reins amid eurozone's woes; www.guardian.co.uk 22.11.2010
- 8 <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/57953?PHPSESSID=ql8rbppuap31uvk2fv73gg7376>





Die Verflüchtigung „sozial-ökologischer Wirtschaftsdemokratie“ in supranationalen Bürokratien

## SPS-Partei-Programm, die EU und die Überwindung des Kapitalismus

Anlässlich der Pressemeldungen über die Verabschiedung des SP-Parteiprogramms vom Oktober 2010<sup>1)</sup> mochte man sich wundern, dass die SPS sowohl möglichst schnell der EU beitreten und zugleich den Kapitalismus überwinden will – ist die EU doch die Inkarnation des Kapitalismus in Westeuropa: Beschränkung des demokratischen Einflusses der Bevölkerungen zu Gunsten des möglichst unbeschränkten Einflusses der Multis<sup>2)</sup> sowie Druck auf die Löhne und die Sozialversicherungen im Rahmen einer marktradikalen, rechtsliberalen Ideologie. Die Verwunderung verschwindet aber teilweise, sobald man liest, was die SPS unter der Überwindung des Kapitalismus versteht.

Von Paul Ruppen

Es ist gar nicht so einfach, im SPS-Partei-Programm hinter dem Schwall von hehren Grundsätzen, die jeder sozial und demokratisch denkende Mensch unterschreiben würde, die Grundeinstellungen herauszufiltern, die hinter dem Wunsch stecken, der EU beizutreten. Man findet unter der schönen Rede ein ziemlich unschönes, ungebrochenes Vertrauen in demokratisch sehr mittelbar kontrollierte „Eliten“.

### Direkte Demokratie

Die SPS singt scheinbar ein Loblied auf die direkte Demokratie: „Wir verteidigen sie gegenüber jenen, die sie als ineffizient, zu langsam oder gar zukunftsuntauglich bezeichnen. Die direkte Demokratie ist der ausschliesslich parlamentarischen überlegen, weil der Souverän seine Macht nicht nur durch die Wahl des Parlaments, sondern auch in Form von Sachentscheiden ausüben kann.“ (S. 35). Im nächsten Abschnitt wird der Souverän aber souverän in die Schranken verwiesen: „So wichtig die demokratische Staatsform für uns ist, so wichtig ist es andererseits, ihre Grenzen zu benennen, denn auch eine Mehrheit darf nicht alles. Demokratie findet ihre Grenzen im übergeordneten Recht, das ja seinerseits demokratisch legitimiert ist, also in den Grund- und Menschenrechten sowie im Völkerrecht. Ohne solche Schranken kann die Demokratie untergraben werden und zu einem Willkürstaat gegen Minderheiten verkommen.“

Diese Passage ist bezeichnend für die zu Grunde liegenden technokratischen, elitistischen und letztlich antidemokratischen Einstellungen der heutigen Sozialdemokratie:

- Der Souverän darf nicht alles – das ist unbestritten. Wer darf ihn aber beschränken, ausser er selbst? Wer dem Souverän Grenzen vorschreibt, macht sich selber zum Souverän und bestreitet damit die Volkssouveränität. Demokraten, die mit Mehrheitsentscheiden nicht

einverstanden sind, setzen sich für eine Veränderung der Mehrheitsmeinung ein, nicht für eine Beschränkung der Volkssouveränität.

- Völkerrecht hat eine sehr indirekte und nur teilweise demokratische Legitimation. Das Recht wird im wesentlichen von Sachverständigen entwickelt, die von Regierungen bestimmt werden und diesen gegenüber verantwortlich sind. Die Regierungen ihrerseits sind keineswegs alle demokratisch legitimiert. Zudem ist die demokratische Kontrolle der Regierungen bei der Aushandlung von entsprechenden Regelungen sehr indirekt. Sie erfolgt in fast allen Ländern höchstens via Parlamente, die für ein paar Jahre gewählt wurden und die kaum je in Hinblick auf die Entwicklungen des Völkerrechts erkoren werden. Eine inhaltliche demokratische Legitimation liegt also nur am Rande vor.
- Eine gewisse, indirekte demokratische Legitimation ist dem Völkerrecht sicher nicht abzusprechen. Auch ohne explizite Willensbekundungen entsprechen etliche Entwicklungen den Absichten und Wünschen von Mehrheiten in den Bevölkerungen. Daraus kann man aber nicht schliessen, dass Völkerrecht künftig ausserhalb demokratischer Einflussnahme zu stehen habe, gleichsam durch einen einmaligen Willensakt auf immer und ewig demokratisch legitimiert. Die heutige Generation kann die künftigen Generationen nicht derart rechtliche binden: Recht muss vielmehr immer wieder demokratisch legitimiert werden (können). Die Volkssouveränität ist dadurch gekennzeichnet, dass immer wieder auf Entscheidungen zurückgekom-

<sup>1)</sup> Sozialdemokratische Partei der Schweiz, Parteiprogramm: Für eine sozial-ökologische Wirtschaftsdemokratie, verabschiedet vom SP-Parteitag in Lausanne, 30./31. Oktober 2010; <http://www.sp-ps.ch/ger/Partei/Unsere-Werte/Parteiprogramm>

<sup>2)</sup> Gut dokumentiert in Balanyá (et al.) (2001) Konzern Europa: Die unkontrollierte Macht der Unternehmen, Zürich: Rotpunkt. Die Entwicklungen werden von den Autoren weiterhin im Auge behalten. s. <http://www.corporateeurope.org>



men werden kann.

- Wer sich über die Volkssouveränität stellt und vorschreiben will, worüber abgestimmt werden darf, beansprucht eine Form der Unfehlbarkeit. Eine solcher Anspruch führt in voraufklärerische, dunkle Zeiten zurück, die man überwunden glaubte.
- Der Rechtsstaat ist ein Produkt der Demokratie. Die Bevölkerungen wollten nicht staatlicher Willkür ausgesetzt sein. Die einzige Garantie für einen dauerhaften Fortbestand des Rechtsstaates besteht in der fortwährenden demokratischen Kontrolle von Regierung, Parlamenten und Gerichten.

Die technokratische Ausrichtung des Parteiprogramms wird unterstrichen durch den Umstand, dass die SPS die direktdemokratischen Rechte jeglichem Völkerrecht, nicht etwa nur Menschenrechten, unterwerfen möchte. Die SPS möchte die Ebene der internationalen Organisationen zudem zusätzlich stärken – angeblich um die Globalisierung in Griff zu bekommen (EU, UNO, WTO, IWF/Weltbank, ILO; S. 35): „Die Dynamik der Globalisierung führt zu einem ständigen Bedeutungszuwachs der internationalen Organisationen. Diese sind in der Regel auf der exekutiven Ebene angesiedelt und somit demokratisch eher schwach abgestützt. Die wichtigsten Institutionen dieser Art (UNO, WTO, IWF/Weltbank, ILO) werden in Zukunft vermehrt bisher nationalstaatliche Kompetenzen übertragen bekommen. Wenn aber diese Kompetenzen aus dem demokratisch besser begründeten Souveränitätsbereich der Nationalstaaten zu den internationalen Institutionen wechseln, dann ergibt sich ein Demokratisierungsbedarf.“ (S. 35)

Was wird dann unter Demokratisierung solcher Organisationen verstanden? „Der Demokratisierungsbedarf der internationalen Institutionen muss eingelöst werden durch ihre eigene Parlamentarisierung und durch den Einbezug der nationalen Parlamente in ihre strategischen Entscheidungen.“ (S. 36). Es wird also nicht verlangt, dass möglichst wenig Kompetenzen auf höhere Ebenen verschoben werden, um den Bevölkerungen möglichst unmittelbare Teilnahme an Entscheidungen zu gewährleisten. Die SPS ist mit einem weitgehend doch eher Alibifunktionen übernehmenden Parlamentarismus auf Organisationsebene und einer sehr mittelbaren Kontrolle via „nationaler“ Parlamente glücklich, die ihren Unwillen, solche Organisationen zu kontrollieren, bereits zur Genüge demonstriert haben – besonders augenfällig und sehr gut dokumentiert etwa im Falle der EU<sup>3)</sup>.

Es soll hier nicht verschwiegen werden, dass die SPS in diesem Zusammenhang eine Erweiterung der direktdemokratischen Instrumente vorschlägt, welche unterstützenswert ist: es wird das Recht auf eine Volksinitiative verlangt, wodurch „das Volk dem Bundesrat auch in der Aussenpolitik konkrete Handlungsaufträge erteilen kann“. Angesichts der zunehmenden Wichtigkeit der internationalen Ebene wäre ein solches Recht unabdingbar – es kann eine Ansiedlung von

möglichst vielen Entscheidungskompetenzen in Reichweite der Bevölkerungen aber nicht ersetzen. Man darf gespannt darauf sein, ob die SPS eine Volksinitiative für die Einführung eines solchen Initiativrechtes starten wird.

## Föderalismus

Interessant und bezeichnend sind die Aussagen im Programm zum Föderalismus: „Die SP ist für föderalistische Staatsstrukturen, weil sie zur Machtteilung und zur Bürger- und Bürgerinnennähe beitragen. Die Gliederung des Staates in drei Ebenen halten wir für zweckmässig und zukunftstauglich, in der konkret vorhandenen Ausprägung aber für reformbedürftig. Zudem muss sie um eine vierte Ebene, die europäische, ergänzt werden.“ (S. 37) Die Bürgerinnennähe soll dabei nicht etwa nur durch die vierte Ebene, die „europäische“ abgeschwächt werden, sondern auch durch die „Reform“ der politischen Gebietsstrukturen des Föderalismus auf Landesebene. Die SPS tritt für Gemeindefusionen ein, für Bezirkszusammenlegungen und verlangt: „Langfristig soll die Anzahl Kantone stark reduziert werden, damit grössere und eigenständigere Einheiten als heute untereinander gleichwertig und mit neuer Vitalität ihre Aufgaben erfüllen können.“

Faktisch ist die SPS auf jeder Ebene für Zentralisierung und für eine Ansiedlung von Entscheidungskompetenzen auf möglichst hoher Ebene. Das Bekenntnis zur Bürger- und Bürgerinnennähe wird durch die systematische Forderungen nach Gebietsreformen desavouiert. Gebietsreformen können sich in manchen Fällen aufdrängen, wobei dies von Fall zu Fall konkret zu analysieren ist und unter Zustimmung der Betroffenen zu erfolgen hat. Im SPS-Programm verzichtet man auf solche Forderungen: Zentralisierung ist offenbar per se gut. Die von der SP angestrebten Gebietsreformen bedeuten insgesamt eine Stärkung des Staatsapparates via Professionalisierung und eine Schwächung des Milizsystems: Bürokratisierung statt Bürgernähe.

Der „vierten Ebene“, der EU, möchte SPS noch mehr Kompetenzen übertragen – obwohl gemäss verschiedenen Quellen um die 80% der Gesetzgebung der Mitgliedstaaten bereits auf dieser Ebene produziert wird.

## „Demokratisierung“ der Wirtschaft und „Überwindung des Kapitalismus“

„Die SP Schweiz war und ist eine Partei, die den Kapitalismus nicht als Ende und schon gar nicht als Vollendung der Geschichte akzeptieren will. Sie hat immer eine Wirtschaftsordnung ins Auge gefasst, die über den Kapitalismus hinausgeht und diesen durch die Demokratisierung der Wirtschaft letztlich überwindet. Sie wusste, dass dieses Ziel in der Ferne liegt, aber sie hat trotzdem an ihm festgehalten. Denn die Wirtschaftsdemokratie ist mehr als ein Ziel. Sie ist auch der Weg, um dieses Ziel zu erreichen.“ (S. 15). Doch was verstehen die Sozialdemokratien unter „Demokratisierung“ der Wirtschaft?

Unter Demokratisierung verstehen die Genossen

- Die Entwicklung der Sozialversicherungen an Stelle privater Versicherungen
- Stärkung des Servic public

<sup>3)</sup>s. z.B. Clarissa Freundorfer, *Die Beteiligung des Deutschen Bundestages an der Sekundärrechtsetzung der Europäischen Union*, Bern, Peter Lang, 2008.





- Entwicklung des Genossenschaftswesens (z.B. in den Bereichen Krankenversicherungen, Pensionskassen, Telekommunikation)
- Mitbestimmung der Belegschaften vom Arbeitsplatz über den Betrieb bis zur Unternehmensebene, auch bei transnationalen Unternehmungen
- Weiterentwicklung der Aktiengesellschaften zu Mitarbeitergesellschaften
- Ausweitung der Rechte der Beschäftigten zu Lasten des Diktats von Aktionären
- Staatliche Regulation bestimmte Kernmärkte
- Bereitstellung öffentlicher Güter durch die Errichtung eines transnationalen Service public statt transnationaler Privatisierungen
- Überführung von privaten Kapitalgesellschaften in staatliches Eigentum in bestimmten Bereichen
- Stärkung der Eingriffsrechte von Bund, Kantonen und Gemeinden in die Boden- und Eigentumspolitik

Obwohl eine Tendenz zu mehr Staat markant ist, wird der Markt nicht abgelehnt: „Der Markt ist zwar ökonomisch effizient, wäre aber ohne Leitplanken ökologisch und sozial blind. Sofern die Leitplanken richtig gesetzt sind, bildet er die beste Methode zur Regulierung von Angebot und Nachfrage und zur Preisbildung. Damit der Markt seine Qualitäten ausspielen kann, muss allerdings der Wettbewerb am richtigen Ort spielen können. Er darf nicht durch die Konzentration der Marktmacht in den Händen weniger sowie durch fehlende Transparenz, schädliche privatwirtschaftliche Monopole oder Kartellbildung unterlaufen werden.“ (S. 48). Auch hier hat der Staat gemäss SP-Programm eine grosse Rolle zu spielen: „Der Markt ist ein Werkzeug unter anderen, das, richtig eingesetzt, effizient Ressourcen zuteilen und Güter verteilen kann. Wir sehen ihn als Wirtschaftsmotor im Dienst einer freiheitlichen und gerechten Gesellschaft. Die Politik muss die Märkte steuern, ihnen Leitplanken setzen und Ziele vorgeben, ihre zerstörerischen Kräfte bändigen und sie umlenken in Bahnen, die den Menschen Lebensqualität und der Natur Schutz bieten. Die SP engagiert sich in diesem Sinne für eine sozial-ökologische Marktwirtschaft, die zur Wirtschaftsdemokratie beiträgt und in diese integriert ist.“ (S. 48).

Manche Vorschläge zur Demokratisierung der Wirtschaft sind durchaus diskussionswürdig und es ist sicher richtig, einer Art gemischter Wirtschaft das Wort zu reden, wenn man Versorgungssicherheit für alle will und eventuell von der Wachstumsorientierung wegkommen will. Der Staat hat dabei vermutlich eine wichtige Rolle zu spielen – um so wichtiger ist die demokratische Kontrolle des Staates. Hier sind bezüglich der sozialdemokratischen Konzepte einige Fragezeichen zu setzen. Die sozialdemokratische Gesamtsicht führte bei ihrer Umsetzung zu einer massiven Verstärkung des Staatsapparates und Zentralisierung von Entscheidungskompetenzen auf demokratisch kaum noch zu kontrollierende Ebenen, und entsprechend zu Bürgerferne und Schwächung der demokratischen Kontrolle. Eine solcher Staatsapparat würde zur Gefahr für die Demokratie, den Rechtsstaat, die Menschen und deren Versorgungssicherheit. Die Zwangsjacke eines solchen Staates hat mit der Überwindung des Kapitalismus

durch „die freien Kooperation freier Individuen“ jedenfalls nichts mehr zu tun.<sup>4)</sup>

### Klassische EU-Ideologie

Im übrigen wird im SP-Programm die klassische Verbrämung des EU-Grossmachtprojektes als „Friedensprojekt“ gefeiert. Eine Rückverlagerung von Kompetenzen in die Mitgliedstaaten wird als „Nationalismus“ verschrien – die Genossen setzen damit auf bekannte europopulistische Art bürgerne demokratische Kontrolle der Politik mit Nationalismus gleich. Dabei würden demokratisierte Länder in Europa sich gegenseitig keineswegs bedrohen. Es ist vielmehr die EU, welche längerfristig den Weltfrieden und wohl auch den Frieden in Europa bedroht: Die Grossmachtaspirationen der EU mit dem Ziel der Absicherung von Rohstoffzufuhr und Absatzmärkten sind wohlbekannt und auch in offiziellen Texten dokumentiert<sup>5)</sup> Nachdem die klassischen westeuropäischen Nationalstaaten imperialistischer Politik allein nicht mehr fähig waren, mussten sie sich zusammenschliessen, um diese fortführen zu können. Die Darstellung der EU als Friedensprojekt ist Ideologie im Dienste dieses EU-Grossmachtprojektes.

Bemerkenswert ist die folgende Kritik der SP an der EU: „Während Jahren dominierte in der EU eine neoliberale Marktideologie“ (S. 7) und es wird eine verstärkte Anstrengung der europäischen Sozialdemokratie verlangt, um diese zu überwinden. Bei dieser Kritik wird allerdings unterschlagen, dass das Binnemarktprojekt von einem sozialistischen EG-Kommissar (Jacques Delors) in Eintracht mit den westeuropäischen und US-amerikanischen Multis vorangetrieben wurde. Und während einer fast 100% sozialdemokratischen Dominanz in den EU-Ministerräten Ende der 90er Jahre wurde das EU-Projekt kräftig in neoliberale Richtung weiterentwickelt

- inklusive Währungsunion, deren desaströsen sozialen Folgen wir heute anschaulich vor Augen haben. Die sozialen Folgen werden heute durch sozialdemokratische Regierungen unerbittlich verstärkt – unterwürfig gegenüber internationalen Gremien und im Dienste der Rückzahlung von Schulden an deutsche Banken. ■

<sup>4)</sup>die Utopie der freien Kooperation freier Individuen ist nicht realistisch. Als Leitidee ist sie aber alleweil menschenfreundlicher als die sozialdemokratische Vision einer bürokratisch durchgestylten Zukunft.

<sup>5)</sup> s. z.B. Edito-Seite des Europa-Magazins für ein Zitat.



## Kurzinfos Soziales

### EU-Industrie greift nach Indiens Saatgut

In den letzten 15 Jahren haben nach Angaben des indischen Agrarwissenschaftlers Devinder Sharma rund 215.000 Bauern und Bäuerinnen in Indien Selbstmord begangen, vor allem in Regionen, in denen die „Grüne Revolution“, also der Umstieg auf kommerzielles Saatgut, durchgesetzt wurde. Die BäuerInnen waren außerstande, den Verlust durch Ernteausfälle beim Anbau sogenannter Hohertragssorten zu tragen. Eine vor allem auf Weltmarktöffnung und schnelles Wirtschaftswachstum orientierte Landwirtschaftspolitik hat dazu geführt, dass viele große und mittelständische Landwirtschaftsbetriebe Indiens in extreme Abhängigkeit von Hybridsaatgut und Weltmarktpreisen für Agrarprodukte getrieben wurden. Dabei erweisen sich die Hohertragssorten nicht nur als anfällig für Krankheiten, sie reagieren auch sensibler auf Klimaschwankungen. Außerdem verdrängen sie lokal angepasste Sorten und verringern so die landwirtschaftliche Vielfalt.

KritikerInnen befürchten nun, dass sich die Lebenssituation der ohnehin sehr armen ländlichen Bevölkerung in vielen indischen Bundesstaaten durch das geplante Freihandelsabkommen zwischen der EU und Indien weiter verschlechtert. Dieses bisher weitreichendste Freihandelsabkommen (Free Trade Agreement, FTA) der EU stellt einen Präzedenzfall für weitere FTAs dar.

In den bekannt gewordenen Entwürfen des FTA zu geistigen Eigentumsrechten fordert die EU eine Angleichung der indischen Gesetze an das patentähnliche Sortenschutzrecht der International Convention for the Protection of New Varieties of Plants (UPOV) von 1991. Die UPOV verbietet den Tausch von käuflich erworbenem Saatgut unter BäuerInnen und erlaubt die kostenlose Wiederaussaat nur in wenigen Ausnahmefällen. Stimmt die indische Regierung den Forderungen der EU zu, werden wahrscheinlich die Preise für kommerzielles Saatgut, Pestizide und Düngemittel steigen, weil es weniger Alternativen dazu gibt. Hinter den Verhandlungspositionen der EU stehen die Interessen der europäischen Life-Science-Industrie. Die EU-Konzerne wollen sich den Zugriff auf indisches Saatgut sichern und gleichzeitig seine Nutzung durch indische BäuerInnen beschränken.

Ein Beitritt zur UPOV würde das indische Gesetz zum Schutz der Pflanzenvielfalt und der Rechte der Bauern von 2001 aushebeln. Danach haben Züchter zwar eine weitgehende Kontrolle über die kommerzielle Vermarktung des von ihnen hergestellten Saatguts. BäuerInnen dürfen aus der Ernte geschützter Sorten jedoch weiterhin Saatgut gewinnen und dieses verkaufen und tauschen, solange sie dabei nicht den amtlich registrierten Markennamen verwenden. Außerdem brauchen kommerzielle Züchter, die neue Sorten auf der Basis traditioneller Nutzpflanzen züchten wollen, die Erlaubnis der Bauern und müssen diese an den Einnahmen beteiligen.

Das Saatgut der traditionellen Nutzpflanzen oder Landsorten bildet Indiens Ernährungsgrundlage: Nach Angaben der Nichtregierungsorganisation Gene Campaign haben die indischen BäuerInnen zuletzt 85 Prozent des

Saatgut-Jahresbedarfs selbst aufgebracht. Würde ihnen das Recht am Saatgut genommen, hätte das große Einkommensausfälle zur Folge. Besonders wenn der Lebensunterhalt von kleinen Höfen gefährdet ist, trifft das als erstes die Frauen, auf deren Schultern zumeist die Verantwortung für die Ernährung liegt. Kleinbauernverbände und Nichtregierungsorganisationen in Indien und Europa fordern deshalb die Offenlegung der bisher nur unter der Hand weitergereichten FTA-Entwürfe. Sie wollen einen Richtungswechsel in der Agrarpolitik und eine klare Absage an eine zweite „Grüne Revolution“. Ihr Alternativmodell ist das Konzept der Ernährungssouveränität. Das Halla Bol Collective betreibt einen Informationsdienst für Indien-AktivistInnen. Kontakt: E-Mail: [hallabolnewsletter@rediffmail.com](mailto:hallabolnewsletter@rediffmail.com), [www.hallabol.blogspot.de](http://www.hallabol.blogspot.de), umwelt aktuell, Mai 2011, S. 12

"Auch auf der Weltbühne gibt es keine andere politische Instanz, die so klar für die Menschenrechte und für soziale und ökologische Leitplanken der Globalisierung eintritt wie die EU". Parteiprogramm der SP Schweiz, Für eine sozial-ökologische Wirtschaftsdemokratie verabschiedet vom SP-Parteitag in Lausanne, 30./31. Oktober 2010, S. 7

### Landhunger eskaliert

Der globale Landhunger grosser Agrarkonzerne, Staaten und Fondshändler hat für Mensch und Natur ausschliesslich negative Auswirkungen. Zu diesem Ergebnis kamen die TeilnehmerInnen der Konferenz „Global Land Grabbing“ im April 2011 in der britischen Grafschaft Sussex. Anhand ihrer aktuellen Forschungen legten die WissenschaftlerInnen dar, dass die Landnahmen in aller Regel mit Menschenrechtsverletzungen einhergehen. Die Investitionen in grosse Landflächen zum Anbau von Grundnahrungsmitteln, Energiepflanzen oder als Geldanlage würden „dort getätigt, wo viel gehungert wird“, sagte Roman Herre, Agrarreferent der Menschenrechtsorganisation FIAN. Mit Armutsbekämpfung oder Ernährungssicherung habe dies nichts zu tun.

Seit 2009 wurden laut neuer Zahlen der WissenschaftlerInnen 80 Millionen Hektar Ackerland transferiert, fast die Hälfte davon für die Agrartreibstoffproduktion. Westeuropäische Firmen wickelten mindestens 150 „Landdeals“ ab. Immer neue Fälle des kommerziellen Landraubs würden bekannt, so Uwe Hoering, Experte für internationale Agrarpolitik, in einer Kurzanalyse zum derzeitigen Stand des *Land-Grabbing*. Die meisten Geschäfte mit der Ressource Land werden demnach in Afrika gemacht. Die Verhandlungen über Landpacht und Konzessionen fanden abseits der Öffentlichkeit statt. Verträge, die Bedingungen festlegen, würden geheimgehalten. [www.kurzlink.de/land-grab-konferenz](http://www.kurzlink.de/land-grab-konferenz) Analyse: [www.kurzlink.de/update-hoering](http://www.kurzlink.de/update-hoering), umwelt aktuell, Mai 2011, S. 11



Schweizer Demokratie nur graues Mittelmass?

## Schabernak mit Demokratieindizes

Im Januar 2011 geisterte die Meldung durch die Medien, gemäss einem an der Universität Zürich und dem Wissenschaftszentrum Berlin (WZB Berlin) entwickelten Demokratiebarometer wäre die Schweiz nur Mittelmass in Sachen Demokratie. Die Tagesschau des Schweizer Fernsehens schlachtete die Angelegenheit weidlich aus<sup>1)</sup>. Das eidgenössische Selbstverständnis, ein Hort der Demokratie zu sein, habe laut der Studie einen herben Dämpfer erfahren und würde zu mehr als ein paar Kratzern am Selbstverständnis der Schweiz sorgen. Denn gemäss dem Demokratiebarometer läge die Schweiz im Vergleich zu 29 anderen Demokratien lediglich auf Rang 14. EU-Mitgliedsländer wie Dänemark, Finnland und Belgien würden im Gegensatz zur Schweiz höchste Demokratiequalität aufweisen. Auf Methodenkenntnis gegründete kritische Distanz zu diesen Ergebnissen liess SF Schweiz völlig vermissen.

Redaktion

### Vielfalt von Indizes

Von verschiedenen Gremien werden unterschiedlichste Demokratieindizes publiziert. Die zu 2/3 von der US-Regierung finanzierte Organisation *Freedom House* erstellt einen jährlichen Bericht, „Freedom in the World“, in dem sie den Grad an Demokratie und Freiheit in Ländern auf der ganzen Welt bewertet (<http://www.freedomhouse.org/template.cfm?page=505>). Weiterhin gibt es den Polity IV-Index, finanziert durch die US-amerikanische Political Instability Task Force (PITF), die ihrerseits durch die CIA finanziert wird (<http://www.systemicpeace.org/polity/polity4.htm>). Ein weiterer Index wird von der britischen Wirtschaftszeitung *The Economist* publiziert ([http://graphics.eiu.com/PDF/Democracy\\_Index\\_2010\\_web.pdf](http://graphics.eiu.com/PDF/Democracy_Index_2010_web.pdf)). Diese und weitere Demokratieindizes zeichnen sich dadurch aus, dass sie zu unterschiedlichen Resultaten führen. Die Korrelation zwischen den verschiedenen Indizes ist denn auch nicht besonders hoch<sup>2)</sup>. Diese Messunterschiede sind in grundlegenden methodischen Mängeln begründet, die dem Versuch, Demokratie zu messen, wesentlich sind. Diese methodischen Probleme sind vielschichtig und unüberwindbar.

### Versteckte Wertungen

Es gibt unterschiedliche Vorstellungen davon, worin Demokratie besteht.

- 1) Demokratie besteht in der Umsetzung des Mehrheitswillens.
- 2) Demokratie ist Kontrolle der Regierung durch die Bevölkerung (Abwählbarkeit der Regierung).
- 3) Demokratie liegt vor, wenn es freie Wahlen gibt.
- 4) Demokratie besteht in bürgerlichen Freiheiten, Rechtsstaatlichkeit und Minderheitsrechten.
- 5) Demokratie liegt vor, wenn es verbindliche Volksabstimmungen gibt, welche vom Volk ausgelöst werden können.
- 6) Demokratie liegt vor, wenn durch einen freien und intensi-

ven Meinungsbildungsprozess nachvollziehbare Entscheidungen erreicht werden.

- 7) Demokratie liegt vor, wenn alle dieselben Mittel haben, den Entscheidungsprozess zu beeinflussen (gleiche Mittel schliessen auch materielle Mittel, Ausbildung oder z.B. Gesundheit mit ein).
- 8) Demokratie besteht darin, dass alle, die durch eine Entscheidung betroffen sind, gleichberechtigt an dieser beteiligt sind. Dies eine nicht vollständige Aufzählung.

Wer z.B. die Abwählbarkeit der Landesregierung als wesentliches Demokratieelement betrachtet, wird die Schweiz als sehr mangelhafte Demokratie bezeichnen, wer hingegen verbindliche Volksabstimmungen, die von der stimmberechtigten Bevölkerung initiiert werden können, als zentral ansieht, wird die Schweiz einen Spitzenplatz zugestehen. Im letzten Fall wird man vermutlich die Abwählbarkeit der Regierung sogar als völlig unwesentlich betrachten: die stimmberechtigte Bevölkerung könnte das Regierungssystem ja jederzeit ändern. Da keine Änderungsversuche unternommen werden oder diese abgelehnt werden, ist die Regierungsform durch die Mehrheit akzeptiert und somit demokratisch legitimiert.

Alle obigen Aspekte haben etwas mit Demokratie zu tun. Demokratie sollte etwa nicht nur abstrakt, sondern auch im realen Leben bestehen und da spielen faktische Einflussmöglichkeiten eine Rolle. Selbst wenn man alle Faktoren als bedeutsam ansieht, um eine Gewichtung dieser Faktoren wird man nicht umhin kommen<sup>3)</sup>. Diese Gewichtungen, die von

<sup>1)</sup>SF, Donnerstag, 27. Januar 2011, 14:24 Uhr, Aktualisiert 20:41 Uhr, <http://www.tagesschau.sf.tv/Nachrichten/Archiv/2011/01/27/Schweiz/Schweizer-Demokratie-nur-graues-Mittelmass>

<sup>2)</sup>Coppedge, M., Gerring, J. (2011), Conceptualizing and Measuring Democracy: A New Approach.

<sup>3)</sup>Die Gewichtung müsste zudem je nach politischem System erfolgen. In einer direkten Demokratie ist die von Mehrheiten akzeptierte Nichtabwählbarkeit der Regierung wohl weniger relevant als in Systemen, wo die Mehrheit diese Regierungsform nicht explizit verteidigt hat.

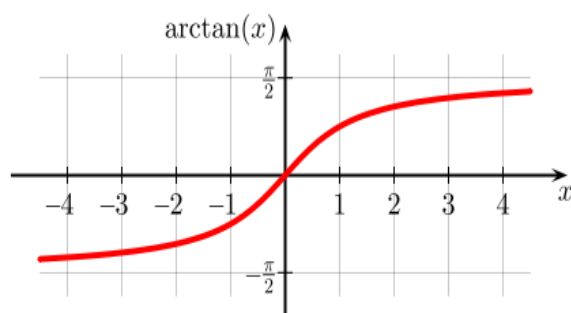


eigenen Werten abhängen, können allerdings nicht objektiv begründet werden. Sie sind und bleiben willkürlich. Entsprechend weisen Demokratieindizes keine Intersubjektivität und damit keine Objektivität auf. Bei der „methodischen Diskussion des Demokratiebarometers“<sup>4)</sup> werden denn auch jeweils undiskutiert Ausdrücke wie „Best Practice“ verwendet, womit die Werthaltigkeit des Vorgehens eigentlich offenkundig sein sollte.

### Mess- und Gewichtungprobleme

Das *Demokratiebarometer* legt zuerst sogenannte *Indikatoren* fest. Es werden 100 solcher Indikatoren ausgewählt – ein wesentliches Kriterium bei der Wahl der Indikatoren scheint dabei die Verfügbarkeit von statistischen Daten zu sein. Bei der Bildung der Indikatoren stellt sich das Problem, dass viele dieser Indikatoren nicht in metrischen Skalen bestehen. Trotzdem werden diese von den Autoren des Demokratiebarometers munter addiert, um daraus 51 sogenannte *Subkomponenten* zu bilden. Bei der Bildung der Subkomponenten werden die verschiedenen Indikatoren nicht gewichtet. Der Umstand, dass es in einem Land verbindliche direkte Demokratie gibt wird damit z.B. gleich gewichtet wie die Anzahl Parlamentssitze pro Kopf der stimmberechtigten Bevölkerung!

Aus den Subkomponenten werden von den Autoren 18 Komponenten gebildet. Dazu lassen sie sich durch die Idee leiten, dass eine Demokratie höher entwickelt sei, wenn sich die verschiedenen Komponenten hoch und zudem ungefähr gleich hoch entwickelt sind. Um diese Idee umzusetzen, verwenden Sie die arctans-Funktion (strikt monoton steigende Funktion, die durch den Nullpunkt verläuft, bezüglich dem Nullpunkt punktsymmetrisch ist und die Funktionswerte zwischen  $-\pi/2$  und  $\pi/2$  annimmt, s. Abbildung). Ob die Wahl



der Funktion inhaltlich sonst sinnvoll ist, wird nicht weiter diskutiert. Die Komponenten ihrerseits werden dann mit dem selben Verfahren in das Demokratiebarometer umgerechnet. In der Messtheorie nennt man Messinstrument valide, die das messen was man messen möchte. So ist die Messung von Intelligenz via Messung der Schuhgrösse (in cm) zwar ziemlich objektiv, aber nicht valide. Es ist offensichtlich, dass das Verfahren des Demokratiebarometers so undurchsichtig ist, so willkürlich und inhaltlich so wenig abgestützt, dass niemand weiss, was hier eigentlich gemessen wird.

<sup>4)</sup>Democracy Barometer, METHODOLOGY, Blueprint Sample, Data for 30 countries from 1995 to 2005, Version 1, January, 2011, <http://www.democracybarometer.org/baroapp/public/static/documentation>.

Im speziellen gäbe es viel zu diskutieren. So wird der Schweiz „grosser Nachholbedarf“ bei der politischen Partizipation bescheinigt. In die „Partizipation“ fliesst unter anderem die durchschnittliche Stimmbeteiligung bei Wahlen und Abstimmungen. Es ist erstens fragwürdig, ob die faktische Beteiligung ein Gradmesser für Demokratie ist. Abstinenz kann z.B. Zufriedenheit mit dem politischen System ausdrücken. Zudem ist der gewählte Durchschnitt kaum sinnvoll. Man müsste wohl eher die Anzahl der Pro-Kopf-Urnengänge pro Jahr betachten.

### Zweck von Demokratiemessung

Die obigen Kritikpunkte werden in der politologischen Fachliteratur durchaus diskutiert und es ist nicht absehbar, dass die aufgeworfenen grundlegenden Probleme lösbar sind. Es stellt sich die Frage, wieso weiterhin solche Indizes produziert werden, obwohl sie bedeutungslos sind. Nun, die Forscher müssen ja auch leben und solange sie Resultate produzieren, die für die „Eliten“ politisch verwertbar sind, lässt man sie wohl gewähren – ohne die Frage nach der Sinnhaftigkeit des Vorgehens<sup>5)</sup>. Die politischen Ziele des Demokratiebarometers sind jedenfalls ziemlich eindeutig: EU-Ländern, die 80% der Entscheidungskompetenzen der Kontrolle durch die Bevölkerungen weitgehend entwunden haben, um sie im dunklen EU-Entscheidungsschunegel verdunsten zu lassen, werden als Superdemokratien hingestellt.

SF Schweiz schreibt auf dem Internet zum Demokratiebarometer „Das Schlussfazit fällt dann auch alles andere als schmeichelhaft für die Schweiz aus. Vom Ideal einer Demokratie ist das Land laut Barometer «weiter als die meisten anderen Demokratien entfernt»“. Dazu ist zu bemerken, dass dieses Fazit für SF Schweiz nicht schmeichelhaft ist – es lässt jegliche kritische Disatnz zu Resultaten vermissen, die den Redaktoren offenbar in den Kram passen. ■

### Quellen und weitere Literatur:

<http://de.wikipedia.org/wiki/Demokratiemessung>  
<http://www.nccr-democracy.uzh.ch/forschung/module5/barometer/demokratiebarometer>  
<http://www.democracybarometer.org/baroapp/public/static/index>  
<http://www.democracybarometer.org/baroapp/public/static/documentation>

<sup>5)</sup>Es soll nicht unerwähnt bleiben, dass die Transparenz der Autoren des *Demokratie-Barometers* vorbildlich ist. Die Berechnungsverfahren werden ausführlich beschrieben. Man kann sogar die Daten herunterladen und damit die Berechnungen selber nachvollziehen.





„Die Souveränität beider Parteien und das gute Funktionieren ihrer Institutionen ist zu berücksichtigen“ Integrationsbüro EDA/EVD

## Bilaterale Verträge – Druck der EU auf die Schweiz

**Am 14. Dezember 2010, erliess der EU-Rat der Ministerpräsidenten in Brüssel Schlussfolgerungen zu den Beziehungen zwischen der EU und den EFTA-Ländern<sup>1)</sup>. Darin werden Forderungen erhoben, die auf einen neo-kolonialen Anspruch hinauslaufen, nämlich die automatische Übernahme von EU-Recht in den von den bilateralen Verträgen betroffenen Bereichen.**

Die Redaktion

In den Punkten 42-49 der Schlussfolgerungen des EU-Rates heisst es:

„42. Der Rat stellt fest, dass der sektorenbezogene Ansatz zwar eine engere Zusammenarbeit in einigen Bereichen von gegenseitigem Interesse bewirkt hat, im Laufe der Jahre aber zu einem ausserst komplexen Gebilde aus zahlreichen Abkommen geführt hat. Da effiziente Regelungen für die Übernahme von neuem EU-Besitzstand, einschliesslich der laufenden Rechtsprechung des EuGH, und für die Überwachung und Durchsetzung der bestehenden Abkommen fehlen, gewährleistet dieser Ansatz in den Teilen des Binnenmarkts und den Bereichen der EU-Politik, an denen sich die Schweiz beteiligt, nicht die notwendige Einheitlichkeit. Dies hat zu Rechtsunsicherheit für Behörden, Wirtschaftsakteure und den einzelnen Bürger geführt.

43. In diesem Zusammenhang sieht der Rat mit Sorge, dass bestimmte Abkommen uneinheitlich angewendet werden, und dass die Schweiz nachfolgende Rechtsvorschriften und – verfahren verabschiedet hat, die mit diesen Abkommen, insbesondere mit dem Abkommen über die Freizügigkeit, nicht vereinbar sind. Der Rat ersucht die Schweiz, die entsprechenden Einschränkungen aufzuheben (beispielsweise die in der Schweiz vorgeschriebene Voranmeldung mit einer Wartezeit von 8 Tagen) und davon Abstand zu nehmen, weitere Massnahmen zu erlassen, die mit dem Abkommen nicht vereinbar sind.

44. Der Rat sieht nach wie vor mit grosser Sorge, dass in der Schweiz bestimmte kantonale Unternehmenssteuerregelungen gelten, die zu einer nicht hinnehmbaren Verzerrung des Wettbewerbs führen, und bekräftigt noch einmal seinen Standpunkt in dieser Sache. Er bedauert, dass der langwierige Dialog über diese Frage noch nicht zu einer Aufhebung derjenigen Aspekte dieser Regelungen geführt hat, die staatlichen Beihilfen gleichkommen. Der Rat appelliert erneut an die Schweiz, diese steuerlichen Anreize abzuschaffen und dafür zu sorgen, dass keine internen Massnahmen – etwa im Rahmen bestimmter Aspekte der neuen Schweizer Regionalpolitik – ergriffen werden, die mit dem Abkommen unvereinbar wären und den Wettbewerb zwischen der Schweiz und den angrenzenden EU-Regionen verzerren könnten. Andere Schwierigkeiten bei der Durchführung des Protokolls Nr. II zum Freihandelsabkommen und bei der Anwendung des

Abkommens über den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen geben nach wie vor Anlass zu Sorge. [...]

48. Unter uneingeschränkter Achtung der Souveränität der Schweiz und ihrer Entscheidungen ist der Rat zu dem Schluss gekommen, dass das derzeitige System der bilateralen Abkommen zwar in der Vergangenheit gut funktioniert hat, in den kommenden Jahren die wesentliche Herausforderung aber darin bestehen wird, über dieses System, das komplex und schwer zu handhaben ist und eindeutig an seine Grenzen stösst, hinauszugehen. Deshalb ist es erforderlich, dass horizontale Fragen, die die fortlaufende Anpassung der Abkommen an den sich weiter entwickelnden Besitzstand, die einheitliche Auslegung der Abkommen, unabhängige Mechanismen zur Überwachung und rechtlichen Durchsetzung sowie einen Schlichtungsmechanismus betreffen, in den Abkommen zwischen der EU und der Schweiz berücksichtigt werden.

49. Der Rat stellt fest, dass ergänzend zu den Bemühungen darum, die geltenden Abkommen effizienter zu machen und die bezüglich ihrer Durchführung noch offenen Fragen zu lösen, die Zusammenarbeit in bestimmten Bereichen von beiderseitigem Interesse weiterentwickelt werden sollte. Allerdings erinnert der Rat in Bezug auf Abkommen über die Beteiligung der Schweiz an einzelnen Bereichen des Binnenmarktes und der EU-Politik (ein Status, der normalerweise nur Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) gewährt wird,) an seine Schlussfolgerungen von 2008, in denen es heisst, dass eine einheitliche und gleichzeitige Anwendung und Auslegung des sich ständig weiter entwickelnden gemeinschaftlichen Besitzstandes – die unerlässliche Voraussetzung für einen funktionierenden Binnenmarkt – ebenso sichergestellt sein muss wie Mechanismen zur Überwachung und Durchsetzung und ein Schlichtungsmechanismus. Vor diesem Hintergrund begrüsst der Rat die Einsetzung einer informellen Arbeitsgruppe der Kommission und der Schweizer Behörden.“

Die Stellungnahme des Integrationsbüros EDA/EVD Bern, 14. Dezember 2010, auf die Schlussfolgerungen des Rates der EU zum Verhältnis zur Schweiz vom 14.12.10<sup>2)</sup> fällt überraschend deutlich aus: „Wir teilen die Einschätzung des Rates, wonach die bilateralen Verträge die Basis intensiver Beziehungen zwischen beiden Partnern sind. Gleichzeitig übt die EU verschiedentlich Kritik an der Schweiz. Aus Schweizer Sicht funktionieren die bestehenden bilateralen Verträge

<sup>1)</sup>[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/DE/foraff/118466.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/DE/foraff/118466.pdf)

<sup>2)</sup><http://www.europa.admin.ch/aktuell/00429/00700/01078/01595/index.html?lang=de>



insgesamt gut.“ Zur Kritik des Rates heisst es:

„– Zwar werden immer wieder konkrete Fragen der Anwendung dieser Verträge diskutiert, dies ist aber angesichts der Intensität der bilateralen Beziehungen CH-EU normal. [...]

– Die flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit sind unseres Erachtens allesamt mit dem Freizügigkeitsabkommens (FZA) vereinbar und bedeuten verhältnismässige Massnahmen zum Schutz der Arbeitnehmer. Die Schweiz steht mit solchen flankierenden Massnahmen nicht alleine da. Verschiedene EU-Mitgliedstaaten haben solche Massnahmen auf der Basis einer entsprechenden EU-Richtlinie (Entsanderichtlinie) auch eingeführt. Die Erfahrungen zeigen, dass die flankierenden Massnahmen nötig sind, um die Einhaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in der Schweiz sicherzustellen. Die Kontrollen der Arbeitsinspektoren brachten so z. B. bei der Meldepflicht (8-Tage-Regel) in rund einem Fünftel der Fälle Übertretungen zum Vorschein. Die Personenfreizügigkeit gestaltet sich in den Beziehungen CH-EU besonders intensiv: Heute leben über eine Million EU-Staatsangehörige in der Schweiz und mehr als 200'000 Personen aus der EU kommen jeden Tag über die Grenze zur Arbeit. Die Zahl der grenzüberschreitenden Dienstleistungserbringungen in der Schweiz hat zwischen 2006 und 2008 um rund 25 Prozent zugenommen. Dies verdeutlicht, wie gut das Abkommen funktioniert und dass die EU und Ihre Mitgliedstaaten von der Personenfreizügigkeit mit der Schweiz profitieren.

– Die Schweiz hat konstruktive Lösungsvorschläge in den bisherigen Gesprächen über bestimmte kantonale Steuerregimes gemacht. Diese Vorschläge wurden aber durch mindestens einen Mitgliedstaat der EU verworfen. Konstruktiv zeigt sich die Schweiz auch in anderen Bereichen der Steuerpolitik, etwa gegenüber einer allfälligen Revision des bilateralen Zinsbesteuerungsabkommens, und hat sich gar bereit erklärt, unter gewissen Bedingungen mit der EU einen Dialog über den Verhaltenskodex über die Unternehmensbesteuerung aufzunehmen.

– Die schweizerische Regionalpolitik zielt auf eine Erhöhung der Innovation und Wertschöpfung im ländlichen Raum und in den Berggebieten. Steuererleichterungen auf Bundesebene spielen dabei eine marginale Rolle und sind nur für strukturschwache Gebiete vorgesehen. Die strukturschwachen Räume, in denen Steuererleichterungen gewährt werden können, decken nur 10 Prozent der Gesamtbevölkerung der Schweiz. Aus den Massnahmen der Schweizerischen Regionalpolitik ergeben sich keine Wettbewerbsbeschränkungen.

– Die Schweiz unterstützt die Länder Mittel- und Osteuropas seit Beginn der 1990er Jahre im Rahmen der Transitionshilfe. Diese Politik wird seit 2007 mit der Gewährung eines Beitrages zur Reduktion der sozialen und wirtschaftlichen Disparitäten in der erweiterten EU weitergeführt und wurde 2010 weiter auf Rumänien und Bulgarien ausgedehnt. Der Bundesrat wird zu gegebener Zeit und im Lichte der Gesamtbeziehungen der Schweiz mit der EU entscheiden, ob diese Unterstützung fortgeführt werden soll. Dabei wird der Bundesrat auch die bisherigen Erfahrungen mit dem Erweiterungsbeitrag sowie die Bedürfnisse der Empfängerstaaten mit berücksichtigen.

– Der Bundesrat hat am 18. August 2010 eine informelle Arbeitsgruppe CH-EU eingesetzt, welche mögliche horizontale institutionelle Regelungen künftiger Abkommen CH-EU gemeinsam mit der EU-Kommission erörtert. Dabei geht es um eine mögliche dynamische Anpassung der Verträge an die Weiterentwicklungen des Rechts, eine kohärente Anwendung und homogene Auslegung der künftigen Verträge und eine effiziente Streitschlichtung. Wir teilen diese Zielsetzung mit

„Ich wünsche mir einen EU-Beitritt der Schweiz, auch wenn ich weiss, dass er dem Volkssouverän immer noch widerstrebt. Aber die EU würde so kompletter werden. Es bleibt nämlich ein geostrategisches Unding, dass wir diesen weissen Fleck auf der europäischen Landkarte haben.“ Die Zeit, 16. Dezember 2010 (<http://www.zeit.de/2010/51/CH-Interview-Juncker>)

der EU. Eine Lösung muss die Souveränität beider Parteien und das gute Funktionieren ihrer Institutionen berücksichtigen“.

### «Dynamische Übernahme von EU-Recht»

Michael Reiterer, EU-Botschafter, stellt in einem Interview mit der NZZ am Sonntag klar, dass die Schweiz nicht nur bei neuen, sondern auch bei den bestehenden Abkommen EU-Recht laufend übernehmen muss, in EU-Deutsch: „Die Schweiz hat sämtliche Gestaltungsmöglichkeiten. Wir haben nie eine automatische Übernahme von EU-Recht gefordert, sondern eine dynamische. Das ist nicht nur ein semantischer Unterschied: Die Schweiz wird als Nichtmitglied der EU immer die Möglichkeit haben, Nein zu einer Anpassung zu sagen – mit noch zu definierenden Konsequenzen.“ „Es ist in beiderseitigem Interesse, die Anwendung der bestehenden Verträge zu verbessern, Rechtssicherheit zu schaffen“.

Auf die Frage der NZZ: „Sie sprechen von den bestehenden Verträgen. Geht es bei einem Abkommen über die institutionellen Fragen nicht vor allem um die künftigen Abkommen?“ Reiterer: „Die Verträge, die wir noch nicht abgeschlossen haben, verschaffen uns ja kein Problem in der Anwendung.“ NZZ: „Die EU will also in erster Linie die bestehenden Verträge nachbessern?“ Reiterer: „Natürlich soll eine Vereinbarung zu den institutionellen Fragen auch für künftige Abkommen gelten. Aber wenn wir einen Modus finden, mit dem wir die Rechtsentwicklung und Kontrolle besser umsetzen können, macht es Sinn, diesen auch auf die bestehenden Verträge anzuwenden.“ NZZ am Sonntag, 8. Mai 2011, S. 15.

In der NZZ vom Samstag, 27. November 2010, meint Reiterer unverblümt: "Wir respektieren das politische System der Schweiz und seine Abläufe. Aber die Kommission wie auch die Mitgliedstaaten haben klar festgehalten: Es soll kein EU-Recht für die EU geben und daneben ein zweites EU-Recht für Drittstaaten wie die Schweiz. Wenn es einen gemeinsamen Markt gibt, muss es gemeinsame Regeln geben". Internationale Verträge der EU mit der Schweiz werden von Reiterer damit als

[http://www.nzz.ch/nachrichten/schweiz/es\\_soll\\_kein\\_zweites\\_eu\\_recht\\_fuer\\_die\\_schweiz\\_gaben\\_1.6450611.html](http://www.nzz.ch/nachrichten/schweiz/es_soll_kein_zweites_eu_recht_fuer_die_schweiz_gaben_1.6450611.html)



EU-Recht betrachtet.

Im „Le Matin Dimanche“ vom 19. 12. 2010 versteigt sich Reiterer zum folgenden Vergleich: Auf die Frage „La Suisse devrait donc reprendre automatiquement le droit européen et même sa jurisprudence dans les secteurs concernés par les bilatérales“? Antwortete er: „Pouvez-vous imaginer qu’un canton décide de n’appliquer une nouvelle loi fédérale que cinq ou six ans après son entrée en vigueur?“ Offenbar betrachtet Reiterer die Schweiz nicht als souveränen Staat sondern als Teil eines europäischen Bundesstaates.

### Die Reaktion der Gewerkschaften

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) hat wenig Verständnis dafür, dass die Massnahmen zum Lohnschutz, die 2009 mit den betroffenen Staaten vereinbart worden waren, nun von Seiten der Europäischen Union kritisiert werden. Das sei ein «Bruch von Treu und Glauben», schreiben die Gewerkschaften im Brief, den sie EU-Botschafter Michael Reiterer überreichten.

Bei den flankierenden Massnahmen, welche von der EU erneut angegriffen würden, handle es sich um Kernelemente des schweizerischen Schutzes vor Lohndumping. Seine Zustimmung zur Personenfreizügigkeit sei eng mit dem Schutz vor Sozialdumping gekoppelt, schreibt der SGB im Brief weiter.

Auch für die Gewerkschaft Unia sind Schutzmassnahmen gegen Lohndumping nicht verhandelbar – im Gegenteil. Die flankierenden Massnahmen müssten weiter ausgebaut

Gemäss NZZ vom Sonntag passt vielen EU-Mitgliedern nicht, dass die Schweiz einen Sonderzug fährt. Besonders den neuen Oststaaten, die bei ihrem Beitritt den gesamten EU-Rechtsbestand, den Acquis Communautaire, vollständig übernehmen mussten. Die Kommission will verhindern, dass innerhalb der EU "antieuropäische" Kräfte gestärkt werden – etwa im Nachbarland Österreich. Auch in Norwegen gibt es bereits eine Bilateralismus-Bewegung. Der Druck der EU sei vor allem politisch motiviert, betont denn auch die Schweizer Seite. In der Praxis funktionierten die Bilateralen nach wie vor einwandfrei, heisst es bei den Experten des Bundes. NZZ am Sonntag, 13. Februar 2011, S. 25

werden, sagte Unia-Co-Präsident Renzo Ambrosetti an der Kundgebung. Reiterer versicherte, die Botschaft an die Europäische Union weiterzuleiten. Es sei im Interesse der EU, Lohndumping zu bekämpfen. (Tagesanzeiger vom 15.12.2010)

Der Gewerkschaftsbund (SGB) und Unia wollen verhindern, dass der Europäische Gerichtshof (EuGH) direkt oder indirekt über die Flankierenden Massnahmen zwischen der Schweiz und der EU urteilen könnte, wie sie am 7. Februar 2011 an einer Medienkonferenz in Bern betonten.

«Der Europäische Gerichtshof hat in verschiedenen Fällen gegen den Arbeitnehmerschutz entschieden», sagte der SGB-Chefökonom Daniel Lampart. SGB-Präsident Paul Rechsteiner stört sich daran, dass die flankierende Massnahmen seitens der EU offen kritisiert werden, obwohl diese gemeinsam ausgehandelt worden seien. (8-Tage-Regelung)

SGB und Unia wollen sich in jedem Fall wehren, sollte die automatische Übernahme der EU-Rechtsentwicklung bei der Personenfreizügigkeit beschlossen werden. «Die Gefahr, dass die flankierenden Massnahmen zusammengestrichen werden, ist zu gross», sagte Lampart. Quelle: sda. 07.02.2011. ■



„Europa ist zu einem abgehobenen Elitenprozess mutiert. Zu einem Europa, in dem die Institutionen der repräsentativen Demokratie äusserlich intakt bleiben, während demokratische Politik zunehmend unterspült wird durch eine Mixtur aus Passivität frustrierter Bevölkerungen, ausgeklügelten Polit-Techniken der Eliten und einer ausufernden politischen Lobbymacht transnationaler Konzerne.“ (Jurgen Urban, Vorstandsmitglied der Gewerkschaft 1G-Metall, in: Mitbestimmung 3/2009)



„Die EU muss mit den Transnationalen Konzernen eine symbiotische Beziehung finden. Diese brauchen den Staat und der Staat braucht sie. (EU-Institut für Sicherheitsstudien, offizielle EU-Agentur, in: What Ambitions for European Defence in 2020, Paris 2009)



„Kein Land hat im letzten Jahrzehnt derartiges Lohndumping betrieben wie Deutschland. Vor dem Hintergrund der Währungsunion konnte die deutsche Exportindustrie dadurch vor allem die EU-Mittelmeerstaat an die Wand drücken. Nun soll über den „Pakt für Wettbewerbsfähigkeit“ das Lohndumping allen EU-Staaten aufoktroziert werden“ (Werkstatt-Blatt 4/2010)



### Quellen der Kurzinfos

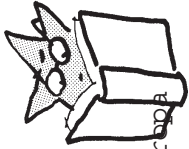
Die Kurzinfos stellen freie Bearbeitungen der Quellentexte dar und brauchen deren Stossrichtung nicht wiederzugeben. Werden Sätze vollständig verwendet, wird dies nicht eigens vermerkt. Weitere Kurzinfos auf dem Internet. NZZ: Neue Zürcher Zeitung, Zürich, Falkenstr. 11, CH-8021 Zürich

**Werkstatt-Rundbrief**, Werkstatt Frieden & Solidarität, Waltherstr. 15, 4020 Linz, Tel. 0732/771094, Fax 0732/797391, [www.werkstatt.or.at](http://www.werkstatt.or.at)

**Umwelt aktuell** (früher DNR-EU-Rundschreiben) Hrg: DNR-EU-Koordinationsstelle; Bezugsadresse: oekonom verlag, Berlin ([gritsch@oekom.de](mailto:gritsch@oekom.de))

# Forum pour la démocratie directe

social, écologique et critique à l'égard de l'Union Européenne



## EUROPA - MAGAZIN

für dezentrale politische Strukturen in Europa  
FÜR DIREKTE DEMOKRATIE  
für aktive Menschenrechts- und Minderheitenpolitik  
gegen die Schaffung einer europäischen Grossmacht  
für das Europa der Demokratien, gegen das Europa der Nationen  
FÜR UMWELTSCHUTZ

FÜR EINE GLOBALE AUSGEWogene ENTWICKLUNG  
GEGEN DIE NEOLIBERALE DAMPFWALZE  
FÜR KOOPERATION STATT ZENTRALISATION

- Schicken Sie mir das EUROPA-MAGAZIN zur Ansicht
- Ich möchte beim Forum (bei Gelegenheit) mitpolitisieren.
- Ich möchte das EUROPA-MAGAZIN abonnieren (2 x jährlich - 30 Franken)
- Ich möchte Mitglied des Forums werden und zahle den Mitgliederbeitrag von Fr. 50.- (30.- für wenig verdienende) (Inklusive Abonnement EUROPA-MAGAZIN).

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Strasse: \_\_\_\_\_

Ort: \_\_\_\_\_

**Einsenden an:** Forum für direkte Demokratie, Postfach, CH-8048 Zürich (Telefon (0041-31-7312914; Fax: 0041-31-7312913; PC: 30-17465-5) Wenn Sie das EUROPA-MAGAZIN abonnieren oder Mitglied des Forums werden wollen, verwenden Sie am besten gleich den beiliegenden Einzahlungsschein. Die Einsendung dieses Talons erübrigt sich.

### Redaktionsadresse:

EUROPA-  
MAGAZIN

Postfach  
8048 Zürich  
Tel. 0041-31-731 29 14  
Fax: 0041-31-731 29 13



<http://www.europa-magazin.ch>



### Impressum

#### Herausgeber:

Forum für direkte Demokratie  
EU-kritisch, ökologisch, sozial

#### Redaktion:

Paul Ruppen

#### Lektorat:

Gérard Devanthery, Maro Schnyder,  
Christian Jungen, Seraina Seyffler, Annette  
Jungen

#### Logos und Büchersterne:

Joseph Loretan

Entwicklung und Konzeption der Website:  
Chris Zumbrunn Ventures, CH-2610 Mont-  
Soleil

#### Redaktionsadresse:

EUROPA-MAGAZIN, Postfach,  
8048 Zürich, Tel. 0041-31-731 29 14  
Fax: 0041-31-731 29 13  
<http://www.europa-magazin.ch>  
E-Mail: [forum@europa-magazin.ch](mailto:forum@europa-magazin.ch)

#### Druck:

S&Z Print AG, 3902 Brig-Glis

Auflage: 2 100

#### Erscheinungsweise:

2 mal jährlich

Jahrgang 19, Nr. 54, Juni 2011

Abonnement: Fr. 30.-, Euro 30.-

Redaktionsschluss: 30. Oktober 2011

P.P.  
CH-3900 Brig

Retouren und Mutationen:  
Europa-Magazin  
Postfach  
8048 Zürich